



Ehre sei Gott in der Höhe



**Schocknachricht:
Absturz des Verkündi-
gungsendels im
kompakten Gebiet**

Inhalt

Absturz ins Kompakte Gebiet	2-4
Was kommt nach 13.00 Uhr	5-6
Is... heißt Arbeit	6-10
B-DDR und F-DGB	10-12
Ungarn	13-14
INA-Sommerfest	15
Was los	15
Wohnungsfürsorge	16

Wo-hnen	16-17
Hilfe	18-19
Übersehen und Überhört	19-20
Steckbrief	20
Unsere neue JAV	21
Schwerbehinderten- vertretung	21
Der gelbe Pfad	22
Rechts und richtig?	23
Interkultureller Kalender	24

Absturz ins kompakte Gebiet

Seit bekannt wurde, dass die Deutsche Post AG in so genannten „kompakten Gebieten“ die TVZ-Zustellung umsetzt, herrscht in der Münchner Briefzustellung Angst um die weitere berufliche Zukunft.

Der sog. Pilotbetrieb bei den ZSP'n München 22 (komplett) und München 40 (teilweise) – die BeZett hat hierzu mehrfach berichtet – war aber seit langem Indiz dafür, dass es über kurz oder lang zu einer Ausweitung dieses Betriebskonzeptes kommen wird.

Der jetzt bekannt gewordene Umfang der TVZ-Ausdehnung ist dennoch erschreckend und wurde so nicht erwartet!

Die bisher gemachten Erfahrungen mit TVZ würden nämlich keineswegs eine Erweiterung dieses Ausmaßes rechtfertigen. Trotzdem weist die Deutsche Post AG jetzt **19.000** Zustellbezirke in kompakte Gebiete aus.

Gemeint sind hier alle Briefzustellbezirke mit Ausnahme der Verbund- und Inselzustellung. Demzufolge ist München zu **100 %** kompaktes Gebiet! Daher muss logischerweise von einem Endziel **Ganz München in TVZ** ausgegangen werden!

Vorgehensweise

In einer schrittweisen Umsetzung sollen beginnend mit dem 01.01.2007 bis 31.12.2009 vorerst **9.000** Zustellbezirke in drei Modellen umgewandelt werden.

Im Modell 1 werden 6.000 Arbeitseinheiten in die klassische TVZ Zustellung überführt werden (also nach dem jetzt bereits im Bereich des ZSP München 40 praktizierten Betriebskonzept).

Im Modell 2 (Zustellung Plus) werden **2.000** Arbeitseinheiten in ein Konzept übergeleitet, in welchem ein Vollzeitbeschäftigter eineinhalb Bezirke vorbereitet. Die Zustellung erfolgt dann durch zwei Zustellkräfte in Voll- bzw. Teilzeitarbeit.

Im Modell 3 soll ohne operative Veränderungen eine Zustellung bis ca. 13.00 Uhr erfolgen. Hiervon wären **1.000** Arbeitseinheiten betroffen.

Umrechnung für den Großraum München

Die oben bundesweit in Ansatz gebrachten Arbeitseinheiten wurden zentral auf die einzelnen Niederlassungen aufgeteilt. Bereits in TVZ überführte Bezirke wurden auf diese Quotierung nur teilweise angerechnet. Da dies einer bestehenden örtlichen Betriebsvereinbarung widerspricht, wird der Betriebsrat hiergegen Rechtsmittel einlegen. Das vorläufig geplante Kontingent für den Großraum München und deren zeitlicher Ablauf: Umzuwandeln sind

191 Bezirke in Modell 1
9 Bezirke in Modell 2
80 Bezirke in Modell 3

Begonnen wird am Juli 2007 mit dem ZSP München 60.

Es folgen im Anschluss daran drei Postleitzahlen des ZSP München 80, die bis Herbst 2008 ans TVZ-Netz gehen sollen. Beim ZSP München 70 wird ab Herbst 2008 bzw. 2009 in TVZ umgewandelt.

Handbuch TVZ

Die Zentrale in Bonn hat eine minutiös ausgearbeitete Verordnung zur Umsetzung des Betriebskonzeptes TVZ bis 13.00 Uhr in kompakten Gebieten in ihrem ominösen Handbuch vorgelegt. Das soll 1 zu 1 umgesetzt werden.

Vorgegeben sind auch die Postleitzahlen bzw. ZSP'n, in welchen die TVZ-Zustellung zu realisieren ist. Die Gründe für diese Entscheidung liegen eindeutig im Einsparpotential. An erster Stelle stehen hier Sachkosten für den Freizug von Immobilien, Miete, Nebenkosten oder auch der Verkauf von Grundstücken und Gebäuden.

Die Einsparung von Personalkosten soll durch die Optimierung von Wegeleistungen (Hin- und Rückwege) bzw. durch schlechtere tarifvertragliche Eingruppierung erfolgen.

BeZett

ist die Zeitung der
**ver.di-Betriebsgruppe,
 Niederlassung
 BRIEF München**

LEITUNG REDAKTION
 Peter Horn

MITARBEITER
 Karen Fischer
 Andrea Heidersberger
 Monika Schmalz
 Richard Huber
 Helma Finkenzeller
 Peter Horn
 Aleksandra Menesi
 Günter Karich
 Esen Akmese
 Werner Regner
 Hans-Jürgen Engel
 Christoph Tharank
 Peter Eisenreich
 Barbara Werner
 Fritz Kerscher

V.i.S.d.P.
 Fritz Kerscher
 Verdi BeG NL München

ERSCHEINUNGSWEISE
 Mindestens vierteljährlich

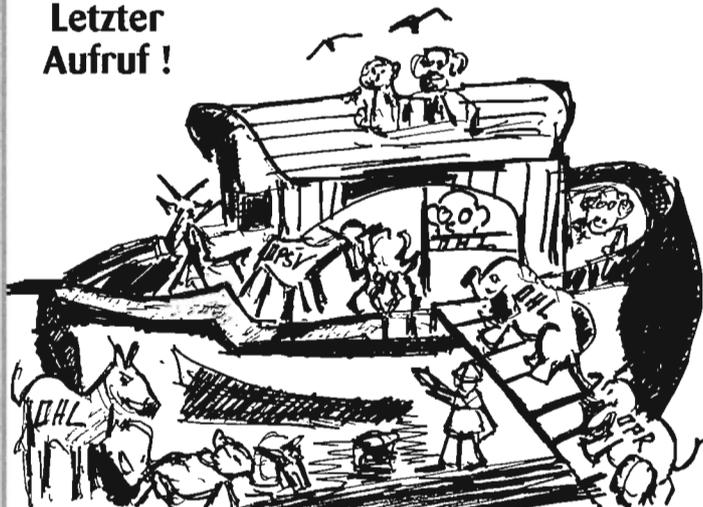
AUFLAGE
 2.500 Stück

ANSCHRIFT DER REDAKTION
 Peter Horn
 Postfach 190502, 80605 München
 www.verdi-brief-muenchen.de

KASTNER AG – das medienhaus
 Schloßhof 2–6
 85283 Wolnzach
 Tel. 0 84 42/92 53-0

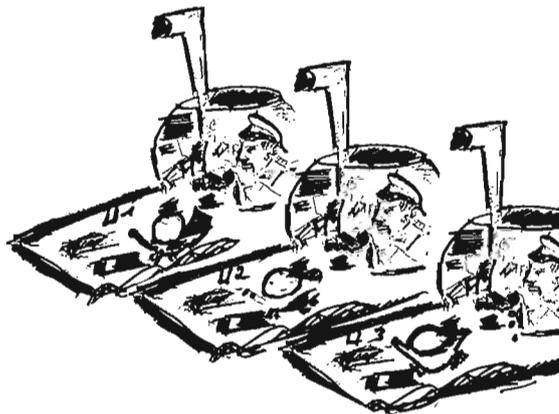
ver di

Letzter Aufruf !



**Auf der Arche Briefpost gibt's noch Platz.
DHL, DPSV, DPR, DPV ... alles drauf ...
Rette sich, wer kann!**

Alles hört auf ein Kommando!



**Torpedo frei,
wenn der Letzte
an Bord ist!**

Im Bereich unserer Niederlassung bewegt sich allein das Einsparpotential an Mietkosten im sechsstelligen Bereich.

Für das Unternehmen DPAG sind diese Ersparnisse vermutlich aber nur ein willkommener Nebeneffekt in einer weiterführenden Strategie, an deren Ende eine komplette Ausgliederung der Briefzustellung stehen dürfte. Diese Befürchtung wird jedenfalls von den Beschäftigten der Münchner Briefzustellung immer wieder so geäußert.

Das ursprüngliche (oder nach der Planung hinten angehängte und konstruierte) Argument einer 13.00-Uhr-Zustellung als Kundenbindungsinstrument tritt völlig in den Hintergrund.

Wie im Handbuch nachzulesen, sind ohnehin die meisten Geschäftskunden bis 13.00 Uhr bedient.

Eine Steigerung würde sich durch TVZ lediglich im Bereich zwischen 10 und 15% bewegen. Diese Aussage deckt sich im Übrigen exakt mit einer Befragung des Betriebsrates bei betroffenen Briefzustellern aus den

Bereichen der ZSP'n München 40 und 80 aus dem Jahr 2005.

Wahrscheinlich hat man unsere Ergebnisse ins Handbuch übernommen(!?).

Schutz und Sicherheit für die Betroffenen

In einem jetzt mit ver.di abgeschlossenen Beschäftigungspakt konnte erreicht werden, dass bis 31. Dezember 2009 eine Fremdvergabe von Briefzustellbezirken vorerst ausgeschlossen bleibt.

Ferner konnte erstmals ein Ausschluss betriebsbedingter Änderungskündigungen zum Zwecke der Verringerung der Wochenarbeitszeit bis 31.12.2009 durchgesetzt werden (**wichtig!**)

Der Tarifvertrag 112a zur Übernahme von zusätzlichen Leistungen wurde als Gegenleistung ebenfalls bis zum 31.12.2009 verlängert.

Beim Ausschluss der generellen Beendigungskündigung wurde der 2003 festgelegte 31.03.2008 festgeschrieben.

Eine von vielen befürchtete vollkommene Ausgliederung der Sparte DHL-Express aus dem Konzern DPAG in eine völlige Fremdvergabe konnte verhindert werden. Durch das Wegbrechen des Versandhandels und gravierende Managementfehler war von Verlusten in dreistelliger Millionenhöhe die Rede. Eine Neuorganisation Paket Deutschland sieht jetzt die Verschmelzung dieser Sparte mit dem Briefdienst zum 01.01.07 vor. Vermutlich werden die einzelnen Frachtbasen (lt. Postleitzahl) an die jeweilige NL Brief angegliedert.

Mit der jetzt getroffenen Maßnahme konnte ein Zusammenbruch DHL-National verhindert werden, dessen Folge einen Ansturm der dann unterzubringenden Beamten und unkündbaren Arbeitnehmer aus dem Bereich Fracht auf die wenig verbliebenen Plätze in der Brief-Arche gewesen wäre. Allerdings wird die Quote der Fremdvergabe bei Frachtbezirken von 600 auf 880 erhöht (um damit eine enorme Qualitätssteigerung und damit erfolgende Kundenbindung herbeizuführen?).

Die Konkurrenten scharren schon mit

ihren Hufen vor den Gerichten, weil sie Prozesse wegen Quersubvention anzetteln wollen. Das hatten wir schon mal, und das war ziemlich teuer für die Post. Die EU lässt grüßen.

Ungelöst

Die Fortschreibung der Post-Arbeitszeitverordnung bleibt vorerst ungelöst. Beamte und Tarifbeschäftigte der Post hatten seit jeher die gleiche Arbeitszeit. In den Arbeitszeitverordnungen der drei Postnachfolgeunternehmen ist dies auch so geregelt. Was bei Postbank und Telekom unbefristet gilt, ist bei den Beamten der Deutschen Post AG vor 3 Jahren im Beschäftigungspakt I befristet worden. Im Rahmen des Beschäftigungspaktes, der den Ausschluss der Fremdvergabe bis 31.12.2006 sicherte, entfiel der Freizeitausgleich und die Arbeitsbefreiung für Heiligabend und Silvester auch für Beamte. Das wurde ohne jedes Murren aus Solidarität mit den Tarifbeschäftigten von unseren Beamten so mitgetragen. Die Fortschreibung der Wochenarbeitszeit sollte somit selbstverständlich sein. Das zuständige Finanzministerium lässt die Beamten aber im Regen stehen. Die DPAG wittert die Gelegenheit zu weiterem Personalabbau und Kosteneinsparung. Denn durch die WAZ-Erhöhung bei

den Beamten werden auf der anderen Seite beim Tarifpersonal Tausende von Arbeitsplätzen freigesetzt. Die DPAG geht hier voll auf Konfrontation und bricht womöglich, noch nach einvernehmlichem Abschluss des Beschäftigungspaktes, den größten Arbeitskampf ihrer Geschichte vom Zaun.

Zukunftsangst berechtigt

Durch die vertraglichen Regelungen konnte vielen Beschäftigten eine mittelfristige Zukunftsaussicht eröffnet werden. Betriebsbedingte Kündigungen und auch Änderungskündigungen bleiben vorerst ausgeschlossen. Durch den Ausschluss der Fremdvergabe bleibt die Zustellung Kerngeschäft der Deutschen Post AG. Eine Weitergabe der vorsortierten Sendungen an Lohndumping betreibende Fremdfirmen scheidet vorläufig aus. Ein Auseinanderbrechen der Sparte DHL-International wurde abgewendet. Es werden sogar im kleineren Umfang jetzt Arbeitsplätze für Beschäftigte der Briefsparte bei DHL-Express angeboten. Trotz dieses Erfolges bleibt vielen und vor allem unseren älteren Beschäftigten die Härte eines Neubeginns im neuen ZSP und Zustellbezirk nicht erspart. Es ist abzuwarten, ob alle dieser oftmals unterschätzten Belastung stand-

halten oder in eine vorzeitige Verrentung/Pension abgeschoben werden. Für jüngere Kräfte stellt sich die Frage eines Einsatzes in Vollzeit ab 2010 in der Briefzustellung oder auch im Bereich der Frachtzustellung. Mit anderen Worten, bietet dieses Unternehmen jungen Menschen eine auch nur kurzzeitige Perspektive? Deshalb erwägen viele unserer jungen Kolleginnen und Kollegen einen beruflichen Neuanfang. Ein Abwandern junger und leistungsfähiger Kräfte bei anspringender Konjunktur wird fatale Folgen für unser Unternehmen haben. Für die Deutsche Post AG und die NL BRIEF München bleibt zudem offen, ob ein Konzept TVZ in dieser Größenordnung mit der Requirierung von Hunderten von Teilzeitkräften überhaupt kontinuierlich funktionieren kann. Es geht schließlich nicht mehr um eine partiell Einrichtung von TVZ in einem überschaubaren Bereich, sondern um gewachsene große Zustellstützpunkte, die ans Netz gehen sollen. Scheitert TVZ, dann profitiert die jetzt auch in München auf den Plan tretende Konkurrenz, und wir verlieren Arbeitsplätze. Läuft TVZ, dann verlieren wir ebenfalls Arbeitsplätze.

Schlussfolgerung?

FK

Kurz vor Redaktionsschluss

Großer Poststreik vorerst abgewendet – Postbeamte arbeiten auch künftig 38,5 Stunden in der Woche

Dank der Unbeugsamkeit unserer Beschäftigten, die in den letzten Wochen keinen Zweifel daran haben aufkommen lassen, ab Januar 2007 einen harten Arbeitskampf zu führen, hat die Deutsche Post AG eingelenkt. Der Konflikt um die Arbeitszeit bei der Deutschen Post AG ist somit vorläufig entschärft. Es fand am 23. Dezember 2006 ein Spitzengespräch zwischen dem Vorstand der Post

AG und ver.di statt. In diesem Gespräch hat der Arbeitgeber seine Bereitschaft erklärt, für die Beamtinnen und Beamten der Deutschen Post AG bis zum 30. Juni 2007 weiter die 38,5 Stunden Woche beizubehalten. Die Post AG und ver.di, wir werden gemeinsam beim Bundesfinanzminister beantragen, die geltende Postarbeitszeitverordnung entsprechend über den 31. Dezember 2006 hinaus fortzuschreiben. Die als

Auftaktveranstaltung vorgesehene Betriebsversammlung am 02. Januar, wurde daraufhin abgesagt. Aber die Post muss wissen: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben! Wir werden in der Arbeitszeitfrage auch in den nächsten sechs Monaten unsere Auseinandersetzungsfähigkeit unter Beweis stellen.

Unser Standpunkt: keine Kompromisse mehr!

Was kommt nach 13 Uhr?

Im Sommer 2006 beendete ich meine Berufsausbildung bei der Deutschen Post AG zur Fachkraft für Brief- und Frachtverkehr. Schon während meiner Ausbildung im Zustellstützpunkt 40 (Schwabing) war TVZ ein großes Thema zwischen den Zustellern. Einige verschwanden keinen Gedanken daran, doch vielen Mitarbeitern bereitete dieses Thema „Trennung von Vorbereitung und Zustellung“ rege Kopfschmerzen. Niemand wusste genau, wie sich das Ganze auswirkt, viele Fragen tauchten auf: „Habe ich noch Zukunft bei der Post?“, „Ist mein Arbeitsplatz sicher?“ oder „Werde ich in eine andere Stadt versetzt?“

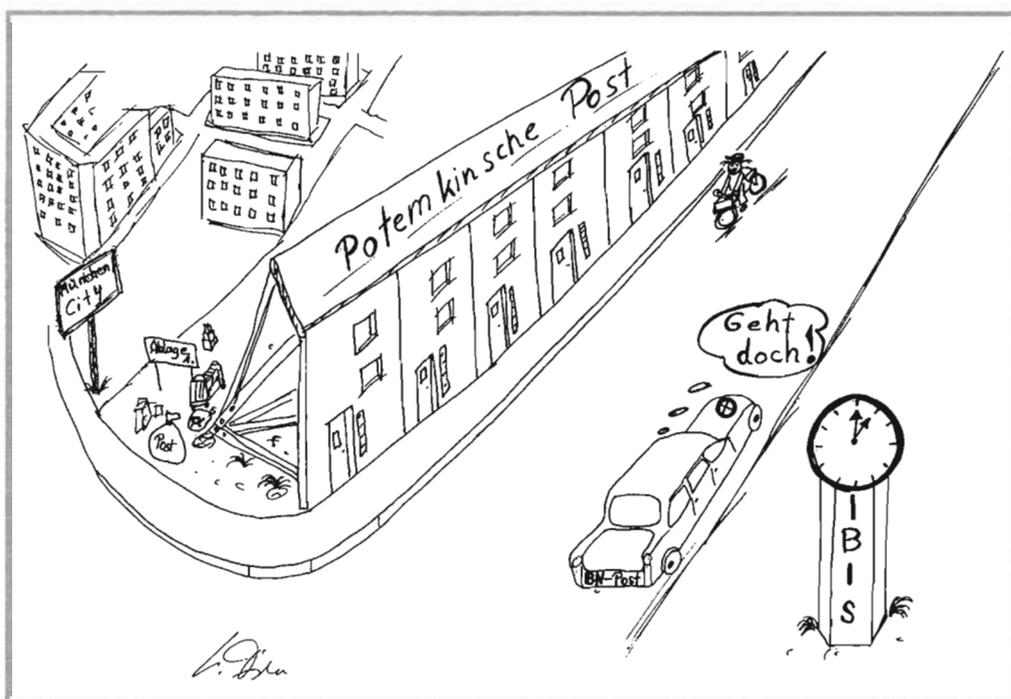
Gegen Ende der Ausbildung erfuhr ich, dass ich für etwa 2–3 Monate einen Stammbezirk bekommen werde, der in das Modell TVZ überführt werden sollte. Ich war natürlich stolz als frischgebackene Zustellerin einen eigenen Bezirk zu bekommen, und machte mich eifrig an diese verantwortungsvolle Aufgabe. Das Thema TVZ war jedoch stets gegenwärtig, kein Tag verging, an dem ich nicht daran dachte. Im ZSP 40 wurden insgesamt 3 Postleitzahlen (23 Bezirke) aufgelöst.

Ich hörte oft von Erzählungen aus dem ZSP 22 (Lehel), welches schon vor 1 Jahr in TVZ überführt worden ist. Der Tenor war ziemlich deutlich: Die Zustellung bis 13 Uhr war unter den Umständen nicht zu erreichen, viele Zusteller waren weit länger beim Zustellen als ihnen lieb war. Nach ca. 6 Wochen lernte ich die neue (TVZ-)Zustellerin meines Bezir-

kes kennen. Eine sehr sympathische Mutter, die sich wie viele TVZ-Zusteller von Anfang an motiviert und zielstrebig gezeigt hatte. Eifrig waren alle dabei, die Kunst des Zustellens zu erlernen, einige scheiterten, die meisten jedoch zeigten sich als talentiert dafür. Doch Zweifel an der Sache kamen recht schnell auf – „Wird die Zustellung bis 13 Uhr zu schaffen sein?“, „Kann ich mein Kind rechtzei-

muss immer bis zu einem bestimmten Zeitpunkt gesteckt, nachzuweisende Sendungen gescannt und anschließend der Bezirksanfang gepackt sein. Am Übergabepunkt Schwabing holt sich der Zusteller seinen ersten Teil der Post ab und stellt diese zu. Den restlichen Teil des Bezirkes holt er sich im Depot ab.

Natürlich gab es auch bei den Kräften im Briefzentrum viele Unsicher-



tig vom Kindergarten abholen?“, „Werden meine Überstunden anerkannt?“, „Kann ich mir einen Nebenjob suchen ohne Befürchtung, dort zu spät zu erscheinen?“ usw.

Insgesamt 3 Wochen lang wiesen wir die neuen Kräfte ein, zwischendurch zogen sämtliche Spinde der Postleitzahlen 80799, 80801 und 80802 in das Briefzentrum um. Zugleich wies ich auch die neue Vorsortierkraft des Bezirkes ein, eine sehr humorvolle und starke Frau, die sich tapfer durch die Schwierigkeiten des „Steckens“ und „Depot-Packens“ gekämpft hat. TVZ bedeutet enormen Zeitdruck für Vorsortierer und Zusteller! Ein Bezirk

heiten, viele trauen sich nicht krank zu werden und kommen deshalb in jedem Zustand zur Arbeit. Zugleich wird die Tätigkeit des Steckens nicht mehr mit der Lohnstufe 3 entlohnt, sondern nur noch mit der Lohnstufe 2. Die Entlohnung der Kräfte im BZ ist weiterhin umstritten und der Kampf um eine Einteilung in Stufe 3 sicherlich noch nicht beendet. Auch die Pausenregelung und Einhaltung der Arbeitszeiten sind brisante Themen dort. Viele der Vorsortierer fangen vor dem tatsächlichen Arbeitsbeginn an und machen keine Pausen, um mit ihrer Arbeit rechtzeitig fertig zu werden.

Auch nach meiner direkten Konfrontation mit TVZ sprach ich oft mit den TVZ-Zustellern, um zu erfahren, wie es ihnen ging. Viele äußerten sich weiterhin kritisch über die 13-Uhr-Zustellung, einige fanden das Modell gut. Für Hausfrauen, Mütter, Studenten ist dieses Arbeitsmodell sicherlich eine gute Sache, jedoch wünschen sich die meisten Teilzeitkräfte lieber eine Vollzeitstelle, denn der Lebensunterhalt wird von einer 23-Std.-Tätigkeit allein ja nicht gedeckt.

Alles in allem war das Ganze eine aufregende und spannende Sache (im Positiven und Negativen) für mich. Negativ empfand ich den Zeitdruck beim Vorsortieren im Briefzentrum und der genauen 13-Uhr-Zustellung. Positiv und sehr berührend war für mich die enorme Willenskraft und das Durchhaltevermögen der neuen Kräfte, die sich auch heute noch tagtäglich durch den Stress durchkämpfen und nicht aufgeben. Ich bin jetzt 24 Jahre jung, welche

Zukunft ich und viele andere junge Zusteller in diesem Unternehmen haben, ist ungewiss. Meine Hoffnungen auf ein langes Arbeitsleben bei der Deutschen Post AG sind deutlich gesunken, jedoch kann ich nur jeden jungen Postler bitten, nicht aufzugeben und weiterhin mit uns für Vollzeitstellen bei der Post zu kämpfen!

Barbara Werner (Briefzustellerin/ Jugend- und Auszubildendenvertreterin NL Brief München)

Is ...

heißt Arbeit. „Belediye İş“ ist der Name der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes in der Türkei. Übersetzt heißt das vielleicht so viel wie kommunale Arbeit oder Arbeit der kommunalen Versorgungssysteme. Bei einem Seminar von Verdi in der Türkei Ende Mai /Anfang Juni 2006 lernte ich einiges über die Arbeiter in der Türkei und konnte erkennen, dass ihre Interessen die gleichen sind wie die unsrigen.

Ist die Türkei fit für Europa? So lautete der Seminar-Titel. Für den Beitritt in die EU sind einige Kriterien zu erfüllen und jedes Land, das der EU beitreten will, hat sein politisches, gesellschaftliches und wirtschaftliches System so umzugestalten, damit es den Forderungen der EU-Bürokratie entspricht, hinter der die Staaten und gesellschaftlichen Mächte der bereits bestehenden EU stehen.

EU für wen?

Was bringt eigentlich die EU der arbeitenden Bevölkerung? Damit meine ich vor allem jene, die am wenigsten bekommen, diejenigen, die an den Rand des Existenzminimums gedrängt werden sollen (wie es vor Zeugen ein Manager von DHL-Express in Garching in diesem Jahr von sich gab.), damit sie, wie es so schön heißt, oder früher hieß, als industrielle Reservearmee für Billig- oder Dreckarbeit erhalten kann. Die

kann man nach Belieben verschleppen, rauswerfen oder erpressen mit Standortverlagerungen und Lohnkürzungen unter Verweis auf chinesische Verhältnisse.

Nach Aussage des AKP (Regierungspartei)-Abgeordneten Ahmed Yasar bei einem Treffen in Ankara befinden sich in der Türkei über 1 Million illegale Arbeiter aus Rumänien, Bulgarien und aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion.

Darin unterscheidet sich die Situation türkischer Arbeiter- und Arbeiterinnen in keiner Weise von derjenigen in Westeuropa. Billigprodukte aus China überschwemmen das Baumwollland Türkei, das bisher traditionell stark im Textilbereich wirtschaften konnte. Globalisierung auch hier, und ganz ohne Gnade.

„Wir versprechen uns wenig in Bezug auf Verbesserung der Arbeitnehmersituation in der Türkei“.

Das erfuhren wir vom gewerkschaftlichen Spitzenpersonal und von der aufmüpfigen Rosa-Luxemburg-Stiftung, (die im gewerkschaftlichen Dachverband der linken Disk-Is organisiert ist,) in Istanbul.

Warum auch? Die Hoffnung auf Rechtssicherheit für Vertreter von Arbeitnehmerinteressen wird gering angesichts des Vormarsches hemdsärmeliger Neoliberaler in Westeuropa, die Löhne drücken, Betriebsräte verhindern und keine Löhne mehr zahlen, wenn sie Mitarbeiter ärgern wollen, d.h. ohne Rechtsgrundlage.

Sollen die doch vors Arbeitsgericht gehen! So heißt das bereits bei uns in der Post im Originalton, dann können sie sich ihr Geld holen. Vertrauensleute der türkischen Gewerkschaften werden einfach nicht eingestellt oder gegen Zahlung von Abfindungen ferngehalten, sogar in den Kommunen.

Prozessieren heißt oft genug „Warten bis zur Rente“, bis endlich eine Entscheidung verkündet wird.

Vertrauensleute sind die einzigen Arbeitnehmervertreter im Betrieb, es gibt keinen Betriebsrat. Sie kämpfen vor Ort für höhere Löhne und für die Einhaltung der Arbeitsgesetze. Sie genießen besonderen rechtlichen Schutz, vor allem vor Kündigungen. Siehe hier die oben beschriebene Realität. Gewerkschaftliche Vertrauensleute sind die einzigen offiziellen Arbeitnehmervertreter in türkischen Betrieben.

Auch bei uns genießen Vertrauensleute besonderen rechtlichen Schutz, auch bei Kündigung, noch, eine Rechtssicherheit, die wir wohl in Zukunft wieder verteidigen müssen. Das hat aber nichts mit der Türkei zu tun, sondern mit den Raffkes im eigenen Land.

Gewerkschaftsmitglieder müssen sich beim Notar ausweisen und eine Kaution in Höhe eines Monatslohns hinterlegen. Diese Form staatlicher Kontrolle bewirkt, dass von 24 Mio. Arbeitnehmern nur 1 Mio. organisiert ist.

Die türkischen Gewerkschaften haben die gleichen Probleme wie in Deutschland: Überalterung der Mitglieder, Bestandsschutz statt progressiver Kampf um echte gesellschaftliche Veränderung.

Sie sagen in Istanbul: Das ganze alte Personal gehört bei uns ausgewechselt. Tarifverträge werden nur für Gewerkschaftsmitglieder ausgehan-



Begegnung in der armenischen Kirche in Trabzon



Blick von der Hagia Sophia zur Blauen Moschee

delt. Die Folge sind Lohnunterschiede von 1500 TL zu 250 TL im Monat für die gleiche Arbeit im gleichen Betrieb.

Im Prinzip gilt bei uns in Deutschland der gleiche Rechtszustand: Bei Vertragsabschluss am Ende eines Arbeitskampfes gilt der Vertrag nur für die Mitglieder einer Gewerkschaft. Der Arbeitgeber überträgt jedoch das Ergebnis auch auf Nicht-Mitglieder, um Unruhe im Betrieb zu vermeiden. Vielleicht ist das auch eine Belohnung für Stillhalten und Schlausein. Bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung wurden uns die Ergebnisse einer aktuellen Umfrage unter Arbeitnehmern im Raum Istanbul (10–15 % aller türkischen Arbeitnehmer) mitgeteilt, die sich zum EU-Beitritt der Türkei äußern sollten.

Dies ist in den Artikel eingeflossen.

NGO

In Istanbul besuchten wir die Heinrich-Böll-Stiftung. Sie ist eine NGO-Institution zur Unterstützung der Menschenrechte in der Türkei. NGO heißt: **N**on **G**overnmental

Organization. Das ist also keine Einrichtung einer Regierung und sollte auch nicht mit staatlichen Mitteln finanziert werden.

Die Heinrich-Böll-Stiftung erhält allerdings schon Gelder aus den Töpfen der EU.

Die Problematik der NGOs besteht darin, dass sie von Regierungen, in deren Land sie agieren, als Einrichtungen fremder Regierungen betrachtet werden, die sich in ihre inneren Angelegenheiten einmischen (sollen). Russland ist auch ein Land, das Menschenrechtsorganisationen, die sich im Tschetschenienkonflikt einmischen, kontrollieren möchte.

Wir erfuhren, dass über 50 % der türkischen Bevölkerung immer noch Ehrenmorde unterstützten. Ein Ehrenmord-Beschluss wird von der Familie gefasst.

Wir lernten Menschen kennen, die Ärzte, Pfleger und Psychologen organisieren, um Folteropfer medizinisch zu versorgen und ihnen zu helfen, mit ihren körperlichen und seelischen Verletzungen fertig zu werden.

Mit dem Beitritt zur EU müsste in der Justiz und im Strafvollzug Rechtssicherheit nach europäischen Maßstäben realisiert werden.

Die Durchsetzung aller Menschenrechte habe jedoch nur Sinn, wenn sie aus der Mitte der Gesellschaft käme. Da Frauenrechte auch Men-

schenrechte seien, würde dann niemand mehr Ehrenmorde befürworten und unterstützen.

Geschichte der Herrscher – herrschende Geschichte

In der Heinrich Böll-Stiftung wurde auch die Armenierfrage diskutiert.

Der Standpunkt war folgender: Der Wunsch nach gemeinsamer Aufarbeitung der Vergangenheit von Türken und Armeniern sollte anstelle eines Schuldvorwurfs treten, der mehr Türen verschließe als öffne.

Nach dem Seminar hatte ich meine Reise allein fortgesetzt, besuchte Hattusas, die alte Hethiterhauptstadt (bis 1200 v. Chr.), 200 km östlich von Ankara, und war dann noch am Schwarzen Meer in Trabzon und im ehemals orthodoxen Sümela-Kloster, das derzeit hergerichtet wird, 40 Kilometer entfernt an den Hängen des östlichen Pontusgebirges, wie es in der Antike hieß, heute das Dogu Karadeniz Daglari, das Östliche Schwarzmeergebirge. Dies ist eine kulturell sehr dichte Gegend, das antike pontische Reich ging einmal aus dem Raum Trabzon bis hoch zur heutigen Ukraine.

Trapezunt war nach der Eroberung Istanbuls durch europäische Kreuzritter für lange Zeit als Reich und blühende Metropole von Nachkommen des byzantinischen Kaisers die Zuflucht im Osten des byzantinischen Reiches geworden.

Auf der Suche nach einer armeni-

schon Kirche in Trabzon gab es einige Schwierigkeiten zu überwinden. Meine ansonsten sehr hilfreichen angehenden Touristenführer und -Führerinnen wussten nichts von einer solchen Kirche. In der Schule sei darüber nicht gesprochen worden. Wir sollten doch den schönen Atatürk-Wohnsitz aufsuchen etc.

Nur mit Hartnäckigkeit konnte ich mich durchsetzen. Das Häuflein der Hilfreichen schmolz von sechs auf letztlich einen, Mehmed.

Wir fanden gemeinsam ein Kirchlein mitten auf einem Bauernhof. Das ist nun übriggeblieben von einem stattlichen Kloster mit einem herrlichen Blick aufs Tal und bis zum Schwarzen Meer.

Leider!

sagten die jungen Burschen der Bauernfamilie. Sie hätten gern mehr Platz für ihre Landwirtschaft. Jetzt hat sie ein Dach bekommen, um die Reste schöner Fresken, zerfressen von Stalldung und Spitzhacke, zu schützen.

Der türkische Staat schützt die letzten Überbleibsel eines bedeutenden Teils seiner Geschichte vor dem Vergessen, hofft auf die EU und hofft vielleicht insgeheim, mit den eigenen Ressentiments und selbst verursachten nationalen Exzessen fertig zu werden.

Russen, Türken und Armenier haben in den letzten zweihundert Jahren blutige Auseinandersetzungen um den nordöstlichen Landstrich der

heutigen Türkei geführt und gegenseitig nicht gespart mit Grausamkeiten, zuletzt während des 1. Weltkrieges. Die Armenier wurden aufgegeben in diesen Konflikten, die Europäer und Russen mitgestalteten, indem sie den Armeniern Hoffnungen auf ei-

nen eigenen Staat machten. Man könnte also sagen, sie seien die eigentlichen Verlierer, und sie hatten auch die größten menschlichen Verluste zu beklagen.

Europäisches Denken und Aufklärung hat damit zu tun, auch unangenehme und tabuisierte Themen anzusprechen. Das fällt nicht leicht, wie die Aufarbeitung der Kolonialgeschichte immer wieder zeigt. Aber staatliche Verfolgung hat bei uns deswegen niemand zu befürchten.

Nationalismus

Ich kam mir ein wenig vor wie früher auf der Spurensuche nach jüdischen Relikten bei uns auf dem Dorf. Am besten nicht daran rühren!

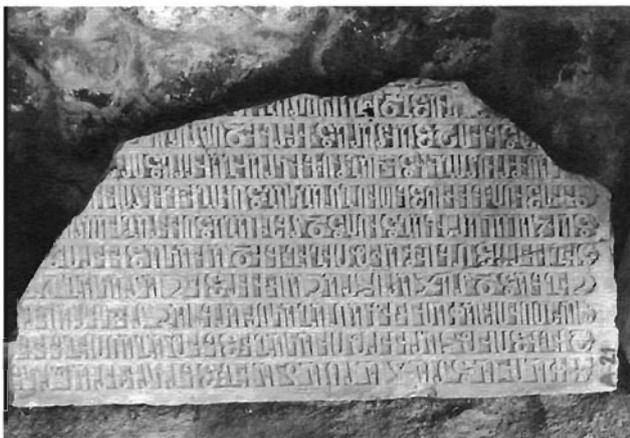
Die Mauer des Schweigens ist nirgendwo leicht zu durchbrechen. Die nachfolgende Generation, die Generation der Enkel, könnte Türen öffnen, weil die unmittelbare Betroffenheit fehlt. Mehmed bedankte sich bei mir, er habe einiges bei der Suche gelernt. Ganz meinerseits, merci.

Vor zwei Jahren jagten 4000 Bewohner der Stadt Trabzon 4 Studenten durch die Straßen, weil sie kommunistische Flugblätter verteilt hatten. Eine Studentin wurde dabei zu Tode gelyncht.

Im Internet verteidigte im Chat ein türkischer Nationalist solches Verhalten, da damit die nationale Ehre verteidigt werde, die von den Studenten verletzt worden sei.

Die Angst vor dem Verlust der nationalen Eigenständigkeit ist das stärkste Motiv bei den Türken, die einen Beitritt zur EU ablehnen (nach obiger Umfrage). Es ist nicht opportun, in der Türkei von einem Vielvölkerstaat und einer multikulturellen Gesellschaft zu sprechen, da befürchtet wird, damit die staatliche Einheit zu gefährden. Die Kurden werden so als große Gefahr angesehen, je mehr sie kulturelle und politische Eigenständigkeit fordern.

Der Mythos von Atatürks Kampf für die nationale Eigenständigkeit der modernen Türkei wird im Atatürk-Mausoleum von Ankara eindrucksvoll



Armenisches Schriftfragment bei der Ayasofya – Textübersetzer bitte melden!



Eine Statue von Suleiman wurde in einen Freundschaftspark in Zigetvar, Ungarn am 6. September 1994 als Symbol der Freundschaft der Türkei und Ungarn errichtet. Am 6. September war Suleiman bei der Belagerung von Zigetvar verstorben. Die selbe Statue wurde hier in Trabzon am 7. Juni 1995 aufgestellt.

gezeigt. Nachdem ich da war, kam jetzt auch der Papst.

Im Herzen des Monuments sind ein Raum mit Schlachtenlärm, wo den Besucher der Krieg um die nationale Einheit überwältigt, und ein Raum, in dem der leibhaftige Atatürk am Schreibtisch sitzt und am Wohl seines Volkes arbeitet.

Es ist fraglich, ob die Türkei ohne das Militär den von Atatürk vorgezeichneten Weg zur Europäisierung fortgesetzt hätte. Ebenso muss man aber fragen, ob ein Militär, das nicht von der Zivilgesellschaft, vom Parlament und unabhängigen Gerichten kontrolliert wird, nicht wirkliche Demokratie verhindert.

Redeverbot?

Dieser Abschnitt wurde mehrfach korrigiert, ich sage es gleich. Ein Freund führte mit mir eine heftige

Diskussion, weil ich mit der Genozid-Diskussion beitragen würde, die Türken in ihrem Nationalstolz zu verletzen und ihr Selbstbewusstsein zu unterminieren. Das sei die abgefeimte Strategie der EU, sich eine eigenständige Kultur zu unterwerfen, um sie dann um so besser wirtschaftlich ausbeuten zu können.

Mein Gott! Muss ich mich noch dafür ausweisen, wenn ich mich für Ereignisse interessiere und darüber spreche, die einfach nicht totgeschwiegen werden dürfen? Bin ich schon zu schamlos geworden, weil bei

uns die Thematik des Judenmords an der Tagesordnung ist? Es geht doch im Kern darum, Menschen, die zutiefst verletzt wurden, das Recht zu geben, ihren Schmerz auszudrücken. Was drumherum geschieht, ja, wie es möglicherweise missbraucht werden kann, ist grundsätzlich erst mal zweitrangig.

Der Satz: „Ja, das tut mir leid, was dir widerfahren ist.“ ermöglicht dem verletzten Menschen wieder, menschlicher, freier und offener zu werden. Dafür ist noch nicht einmal ein Schulbekenntnis Voraussetzung, vielleicht sogar in Hindernis.

Gemeinsame Werte

Ein türkischer Taxifahrer, 200 Kilometer östlich von Ankara, behauptete steif und fest und gegen meinen Einspruch, dass im Land kein wirklicher Islam gelebt würde. Die ganze Bete-

rei sei nur Heuchelei: Im Alltag wären die Gläubigen untereinander so fies gegeneinander, dass sich das kein Ausländer vorstellen könnte. Jeder Fremde würde besser behandelt werden als die eigenen Glaubens- und Volksgenossen.

Hier würde ich von gemeinsamen Werten sprechen. Wer bei uns mit frommem Jesusgesicht durchs Bayernland läuft, verwirklicht damit noch nicht christliche Werte.

Eingebettet in und zwischen den Kulturen

Auf dem Weg von Ankara nach Yozgat sitzt hinter mir im Bus ein kleines Mädchen, das singt und Kinderreime aufsagt, mal in Türkisch, mal auf Deutsch. Auf einem Hügel entdeckt sie ein paar Tannenbäume, mit denen die türkische Regierung ihren Willen zur Aufforstung demonstriert. Die Kleine macht singend ihre kopftuchtragende Mutter aufmerksam: Weihnachtsbaum! Weihnachtsbaum! (im Juni 2006). Es gibt so viele Vorurteile!

Mit Hilfe der Religion...

werden ganz gern andere Rechnungen beglichen.

Bei einem Gespräch mit christlichen Palästinensern aus Nablus erfahre ich zu Hause in München, dass die Türken keine Kultur hätten. Sie wüssten nicht, was richtige Religion sei. Mein Gesprächspartner ist gut informiert über den Umgang der Türkei mit Christen, die Vernichtung der Armenier wird angesprochen. Kappadokien, die dortige frühchristliche Kultur und das Sümela-Kloster sind ein Begriff. Ostkirche war das alles, man stammt aus einer Klerikerfamilie. Ich halte dagegen, erwähne Konya, den Sufi-Orden des Mevlana Rumi, bin mir aber nicht sicher, ob das auf Verständnis stößt. Ich bin ja auch kein großer Enthusiast in Sachen Religion, die nützt ja oft sehr viel weniger als sie schadet.

Es schwingt bei den Palästinensern ein allgemein in arabischen Staaten zu beobachtendes Ressentiment gegen die türkische Großmachtvergan-

genheit mit, die ihnen ihre Identität geraubt hätte. Insofern passt die Türkei auch ganz gut zu Europa.

Das Osmanische Reich war aber auch tolerant zu seinen vielen Völkern, ein ausgeprägter Nationalismus wäre ungeeignet gewesen für jede große staatliche Einheit dieser Dimension. Deshalb sage ich, dass die Christen und Juden im Osmanischen Reich im Wirtschafts- und Finanzwesen eine große Rolle gespielt hätten etc. Ob das Argument gilt, weiß ich bis heute nicht.

Arbeit in der Türkei ...

wäre näher als in China. Man kann

sich auch fragen, ob der Kampf der Türkei um die nationale Eigenständigkeit nie aufgehört hat und ob der eigentliche Mythos nicht besagt, dass die Türkei immer im Kampf um ihre nationale Integrität steht?

In Europa dämmert es einigen verstaubten Nationalisten, dass durch die EU nationales Gut verloren gehen könnte. Und schon spielen manche ihre Misstöne auf der Klaviatur von gestern. Man merkt auf und strobirt sich.

Dazu gehört auch, dass zur europäischen Wertegemeinschaft die Türkei nicht gehören kann.

In welchem Jahrhundert befinden wir uns eigentlich? 1453 ist lange her, vor Wien liegen keine Türken mehr, Bulgaren, Rumänen, Ukrainer und Russen arbeiten illegal in Istanbul und sonstwo. Vielleicht helfen bald Deutsche und Österreicher beim Autobahnbau in der Türkei mit, weil bei uns keine Arbeit zu finden ist.

Ich wusste bisher nicht, dass europäische Werte und Wertschöpfungen keine Gemeinsamkeiten mit denen anderer Völker hätten.

Ho

B-DDR und F-DGB

Vom Arbeiter- und Bauerstaat zum konsumorientierten demokratischen Arbeitnehmer- und Kapitalistenstaat im Umfeld der wirtschaftsliberalen Europäischen Union. Leben in der untergegangenen Deutschen Demokratischen Republik und ab 1989 in der BRD aus der Sicht von Martin Schnoetzel, BR für Abteilung 34, Filialen

Wir haben uns in der Redaktion Gedanken über Migration gemacht, ein Dauerbrenner auch für viele KollegInnen im Betrieb. Man kommt aber nicht ohne Weiteres drauf, dass wir im eigenen Land ein Migrationsproblem haben könnten. Vielleicht haben wir auch keins. Aber das werden wir ja sehen. Es geht um die Migration Ostdeutschland-Westdeutschland und umgekehrt. Unser Kollege Martin, der sich seit Jahren als Gewerkschafter und Betriebsrat für seine KollegInnen einsetzt, hat sich bereit erklärt, über seine Biographie zu reden und uns auch Einblick in einige Dokumente zu gewähren. Wir trafen uns mindestens viermal, einmal führten wir auch ein Gespräch in der Gruppe.

Er zeigte uns seinen Arbeits-, Sozialversicherungs- und Gesundheitspass

der DDR – alles in einem. Daraus drucken wir eine Doppelseite ab.

Wir bekamen Einsicht in seinen Akt über seine Arbeit im FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), lasen seine Beurteilungen und stießen auch auf Kritik, die an ihm geübt wurde. Aus der letzten Beurteilung vom ... drucken wir die Benotung ab. Ansonsten galt Martin als linientreues SED-Parteimitglied und war Mitglied der Deutsch-sowjetischen Freundschaft.

Unser Interview bezieht sich vor allem auf das Arbeitsleben und sein politisches Engagement in der DDR und später in der BRD bzw. in FDGB und DPG, verdi.

Das Interview

Martin: Ich wurde am 17.07.50 in Döbeln (Sachsen) geboren. Ich stam-

me aus einer Arbeiterfamilie. 1957 wurde ich in der Polytechnischen Oberschule „Geschwister Scholl“ in Rosswein eingeschult.

BeZett: Wo liegt Döbeln?

Martin: Döbeln liegt westlich von Dresden, Roßwein, meine Oberschule, etwas südlich von Döbeln.

BeZett: Waren die Geschwister Scholl als Widerstandskämpfer präsent?

Martin: Ja, durchaus. Zum Geburts- und Todestag gab es Feiern, bei denen alle teilnahmen.

BeZett: Gab es Kontakte nach München? Für uns in München ist das von Interesse, weil die Geschwister Scholl an der Münchner Universität studierten und dort auch beim Flugblattverteilen erwischt bzw. durch

einen Hausmeister an die national-sozialistische Obrigkeit verraten und später hingerichtet wurden.

Martin: Nein, Kontakte gab es keine. Nach Schulabschluss machte ich eine dreijährige Lehre als Dachdecker mit erfolgreichem Abschluss.

BeZett: Was hast du in der Lehre verdient?

Martin: Zwischen 100 und 110 Mark im Monat. Das war nicht schlecht. Abends und am Wochenende jobbten wir noch nebenbei. Ich war bei meinem Onkel in seinem Dachdeckerbetrieb und bei seiner Champignonzucht für 10 Mark die Stunde.

BeZett: Was war ein Genossenschaftsbetrieb?

Martin: An den Genossenschaftsbetrieben waren die Arbeiter beteiligt, am Ende des Jahres gab es Gewinnausschüttungen. Es kam kein Material weg, weil jedem bewusst war, dass damit der Gewinn reduziert würde. Die Arbeitseinstellung war ebenfalls besser als in den Volkseigenen Betrieben (VEB), in denen kein Gefühl der Selbstverantwortung entstand. Nach der Lehre hatte ich 3 Jahre Dienstzeit bei der Nationalen Volksarmee (NVA).

BeZett: Gab es eine Möglichkeit, nicht zur NVA zu kommen? Bei uns

Brotzeitmachen war, führen wir mit unseren LKWs an der Grenze entlang und wirbelten so viel Staub auf, dass die andern abziehen mussten. Mit dem Bagger schwenkten wir mit der Schaufel mutwillig über die Grenze und erschreckten den Grenzschutz auf der anderen Seite. Mit den Schaufelradbaggern führten wir Stierkämpfe aus. Die private Nutzung von Autos der NVA und übermäßiger Alkoholgenuß waren an der Tagesordnung.

BeZett: Das war ja nicht gerade ein staatstragendes Verhalten. Aber es scheint, dass das MASH-Gefühl in allen Armeen der Welt zu Hause ist.

Martin: Ganz so lustig war es auch wieder nicht. Beim Minenlegen an der Grenze oder beim Entfernen von Material aus dem 2. Weltkrieg war es lebensgefährlich, und mancher Kamerad verlor Arme oder Beine. Beim Einsatz im Grenzbau war es ein Leichtes, in den Westen zu flüchten. Ich habe darauf verzichtet, weil ich meinen Eltern keine Nachteile zufügen wollte. Für jede „Republikflucht“ mussten zurückgebliebene Verwandte und auch Freunde teuer bezahlen. Ich habe selbst mitbekommen, wie ein anderer mit einem LKW nahe an den Grenzzaun gefahren ist. Dort ist er aufs Dach gestiegen und hinübergesprungen. Er hat dann drüben auch Verwandte gehabt, die ihn in ihrer Fabrik gut untergebracht haben. Dieser Fall hat sich in meiner unmittelbaren Nähe zugetragen. Zum Glück habe ich mich unter Zeugen zuvor in den Feierabend verabschiedet, so dass ich nicht verdächtigt und belangt werden konnte. Andernfalls wäre ich wahrscheinlich eingebuchtet worden.

BeZett: Und nach der NVA?

Martin: Bis '79 war ich dann als Dachdecker tätig. Um was Neues zu machen, wurde ich beim VEB Hochbaukombinat Ökonom für Materialwirtschaft. Ich war verantwortlich für alle Eiseneinbauteile im Wohnungsbau. Da brauchte es viel Eigeninitiative und Organisationstalent, um alles richtig hinzukriegen. 1981 war ich dann Materialbeschaffer beim Ingenieurhochbau in Rosswein.

Arbeitsrechts- und Sozial-				versicherungsverhältnisse			
Beginn der Tätigkeit	Genaue Bezeichnung der Tätigkeit	Lohn- bzw. Gehaltsgruppe	Stempel und Unterschrift des Betriebes, bei Selbständigen auch der Abteilung Finanzen	Betriebspflichtiger Gesamtbezugsverdienst* (DM Tausend im Wert)	Ende der Tätigkeit	Stempel und Unterschrift des Betriebes, bei Selbständigen der Abteilung Finanzen	PGH
1.12.1968	Soldv. auf Zeit		Postischlieferei 3239	180,-	31.12.1968	Postischlieferei 3239	
1.1.1969	- 4 -		Postischlieferei 3239	4.801,64	31.12.1969	NATIONAL VOLKSARMEE Dienststelle Pöhlitzschl./E.	
1.1.1970	- 4 -		NATIONAL VOLKSARMEE Dienststelle Pöhlitzschl./E.	6.420,-	31.12.1970	NATIONAL VOLKSARMEE Dienststelle Pöhlitzschl./E.	
1.1.1971	- 4 -		Finanzen	5.700,-	28.10.1971	NATIONAL VOLKSARMEE Dienststelle Pöhlitzschl./E.	
1.1.1971	PGH „Ausbau“		PGH „Ausbau“ Roßwein	596,15	31.12.1971	PGH „Ausbau“ Roßwein	
10.1.1972	~ 4 ~		Produktionsgenossenschaft des Dachdecker-Handwerkers Nordhausen	6.845,-	31.12.1972	PGH Dachdecker Nordhausen	
10.1.1973	~ 4 ~		Nordhausen Dachdecker Nordhausen	9.348,-	31.12.1973	PGH Dachdecker Nordhausen	

Zum Vergleich: 1989 verdiente ich ca. 1200 Mark im Monat und eine Prämie von ca. 1000 Mark kam am Jahresende noch dazu.

BeZett: Gab es Schutzvorschriften für Lehrlinge?

Martin: Selbstverständlich. Darauf wurde im Übrigen auch sehr geachtet. Ich hätte ja zu meinem Onkel in die Lehre gehen können, aber das war mir zu eng. Außerdem wäre ich gerne Stuckateur geworden, Dresden war in der Nähe. Aber da gab es leider keine Ausbildungsplätze. So ging ich in einen Genossenschaftsbetrieb, wo ich eine sehr gute Ausbildung erhielt.

war damals die Wehrdienstverweigerung ein politisches Thema.

Martin: Grundsätzlich ja. Es gab die sogenannten Spatenbrigaden. Dort wurden Bautätigkeiten für die NVA und für staatliche Projekte abgeleistet. Der Dienst ging auch hier wie bei der NVA über drei Jahre, das Minimum war aber 18 Monate.

BeZett: Wie war's bei der NVA?

Martin: Ziemlich kurzweilig. Ich konnte verschiedene Führerscheine erwerben, war in einer Pioniereinheit tätig und erwarb dabei die Sprengberechtigung. Ich kam zum Einsatz beim Grenzbau im Bereich des Harz. Wenn der Grenzschutz der BRD beim

BeZett: Da kam doch auch ziemlich Material weg? Das große Problem in allen sozialistischen Volkswirtschaften?

Martin: Material kam eher selten weg. Aber es kam vor. Deshalb ging ich auch bei den Wochenendeinsätzen der Arbeitsbrigaden mit, um herauszukriegen, wo das Material hinkam. Es machte ja nichts aus, wenn mal ein Sack Zement mitgenommen wurde oder ein paar Ziegelsteine, so für den „Hausgebrauch“. Bei ganzen Wagenladungen war das schon kriminell, und dann schaltete ich die Polizei ein.

BeZett: Wochenendeinsätze?

Martin: Man konnte sich dabei ein Zubrot verdienen. Die Arbeitsbrigaden durften für Privatleute arbeiten und das Geld steuerfrei kassieren. Das war ganz legal. Das geschah zur Zufriedenheit aller, und meistens sprang dann auch noch ein Essen mit heraus. Wochenendarbeit wurde aber auch angeordnet, weil wieder mal jemand geschlafen hatte. Als ich dann aus Solidarität mitgeholfen habe, bekam ich einen Verweis. Das mit der Materialbeschaffung hat mir immer wieder Ärger eingebracht. 1981 wurde ich in die Betriebsgewerkschaftsleitung gewählt. Das war ein Gremium, das ähnlich wie der Betriebsrat im Westen auf die Einhaltung der Arbeitnehmerrechte nach dem Arbeitsgesetzbuch der DDR achtete. Bei meinen Meldungen nach oben verschwieg ich nicht den Ärger meiner KollegInnen über die unzuverlässige Organisation bei der Materialzuleitung. Danach gab es für mich Disziplinarmaßnahmen und Sprechverbot. Bis meine Meldungen ganz oben angekommen waren, war nichts mehr von der Sachhaltigkeit meiner Kritik vorhanden, und es kam zu keinen Änderungen. Keiner wollte einen Fehler gemacht haben. Das blieb leider unser Problem bis zum Schluß. Als ich 1989 auf der Gewerkschaftsschule in Beesenstedt (westlich von Halle) war, hatte ich Marx und Engels zu lesen. Aber ich las nicht die vorgeschriebenen Seiten, sondern

die danach, die alles erklärten. Die merkten das, und als mir bei der Vorstellung des neuen 5-Jahresplans entgültig der Kragen platzte:

„Statt uns ständig etwas vorzumachen, solltet ihr euch um die Probleme kümmern, um die es wirklich geht!“

gab es einen ordentlichen Verweis mit 6 Monaten Verbot einer hauptamtlichen Tätigkeit. Man wollte einfach nur die Einhaltung der politischen Linie einpauken. Dass man Marx nicht auf dem Niveau des 19. Jahrhunderts belassen durfte, haben die nicht kapiert. Der hat doch alles haarklein auf ökonomischer Basis untersucht. Das haben die Betriebswirtschaftler im Westen genau verstanden. Alles ist aus der Ökonomie abzuleiten, aber bitte doch auf dem Niveau der Gegenwart! Marx hat doch nichts anderes gewollt.

BeZett: Wie war das mit deiner Gewerkschaftsarbeit?

Martin: In jeder Baubrigade mit 8 bis 10 Kollegen waren Vertrauensleute des FDGB – IG Bau-Holz tätig. Sie kümmerten sich um die Belange der KollegInnen, wie oben schon angedeutet. Da die Gehälter der Gewerkschaftsfunktionäre aus den Beitragsrückläufen bezahlt wurden, mussten sich die Funktionäre um die Zahlung der Beiträge bemühen. Sie mussten den Mitarbeitern den Sinn eines Gewerkschaftsbeitritts klarmachen und durch ihr Engagement zeigen, dass sich das lohnte. Fehlende Mitgliedschaft oder fehlende Beitragszahlungen wurden auch durch schlechte Arbeit der Vorgänger verursacht. Jüngere KollegInnen wussten nicht Bescheid, oder es war einfach kein Bewusstsein für die Umstände da. Außerdem mussten die Beiträge persönlich kassiert werden, die wurden nicht mit der Entlohnung eingezogen. 1% des Bruttolohns wurde für die Gewerkschaft kassiert.

Wenn Gewerkschaftsvertreter aktiv waren, wurde auf die Rechte der Arbeitnehmer geachtet. Außerdem konnten Gewerkschaftsmitglieder Ur-

laubsheime der Gewerkschaften unter besonderen Bedingungen nutzen. Der Besuch von Bildungsveranstaltungen war frei. Außerdem hatten Gewerkschaftsvertreter Mitspracherecht bei der Gestaltung des Urlaubsplanes. Aus den anteiligen Rückflüssen der Mitgliedsbeiträge wurden Feste und Ausflüge für die Belegschaft organisiert. Mit der Wahl 1982 zum Vorsitzenden der Betriebsgewerkschaftsleitung war ich freigestellt und wurde aus den Beiträgen bezahlt. Man täuscht sich, wenn man meint, dass Gewerkschaften nur für Jubelfeiern und Demonstrationen da gewesen wären. Sie sorgten für die Einhaltung der Arbeitsgesetze, achteten auf Arbeitszeiten, richtige Bezahlung der Normen, Arbeitsbedingungen und Belohnungen bei Überleistung. Die Dienstpläne wurden auf Übereinstimmung mit dem Arbeitsgesetz geprüft, Überstunden wurden ebenfalls nur nach den Richtlinien des Arbeitsgesetzes akzeptiert. So manche Betriebsleitung wollte eigene Fehler auf Kosten der Belegschaft ausbügeln, aber dem schoben wir einen Riegel vor, das war mit uns nicht zu machen.

An dieser Stelle beenden wir den Abdruck unseres Interviews aus Platzgründen, setzen aber in der nächsten Ausgabe fort, da wir davon ausgehen, dass der Einblick, den uns Martin in sein Leben gibt, von großem Interesse für unsere Leser ist. Wir werden hier und da auch auf Inhalte des Arbeitsgesetzbuches der DDR eingehen und außerdem aus einer Untersuchung zitieren, die über die psychischen Belastungen der Migration zwischen ehemaliger DDR und BRD berichtet. Ho

Von Franco Corchiola wurde uns folgender schnell zu sprechender Zungenbrecher mitgeteilt:

„Der Cottbuser Postkutscher putzt den Cottbuser Postkutschkasten. Den Cottbuser Postkutschkasten putzt der Cottbuser Postkutscher.“

Ungarn bei uns zu Besuch.

Jasna Häßler, Betriebsrätin und Vorsitzende der BeG INA organisierte mit ihrer Betriebsgruppe vom 28. 10.–29. 10. ein Wochenende in Brannenburg, zu dem sie drei hohe Funktionäre der ungarischen Gewerkschaftsbewegung eingeladen hatte.

Zu einer ersten Begegnung in München kam auch der Vorsitzende des Landesbezirks Bayern von ver.di Josef Falbisoner. In Brannenburg nahm Toni Hirteiter, Leiter des Fachbereichs 10 von Bayern an dem Seminarwochenende teil, ebenso Hedwig Krimmer vom Bezirk München, dazu die Vorsitzende des BR der NL Brief Nürnberg. Aus Ungarn angereist kamen Andras Lazar, Präsident der Föderation der Ungarischen Postgewerkschaften, Jozsef Feher, Generalsekretär der MKKSZ, Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes in Ungarn und Elisabeth Boros, Vizepräsidentin der MKKSZ. Unsere Kollegin Noemi Reichert überwand mit ihrer ausgezeichneten Übersetzung alle sprachlichen Barrieren.

Wer sich über Europa informieren möchte, findet sicher einiges in Zeitungen und anderen Medien. Selten aber werden Begegnungen organisiert, wo Menschen miteinander ins Gespräch kommen und sich im Kontakt etwas herauskristallisiert, was man nicht nachlesen kann.



Im Seminar ergab sich ein lebhafter Austausch mit unseren ungarischen Gästen, als das Jahr 1956 angesprochen wurde. Die daran anschließende Diskussion hob sich ab von den vielen Informationen, die wir über das Ungarn von heute erhielten.

Geschichte

Die Geschehnisse um den Aufstand vor 50 Jahren bewegen noch heute viele Gemüter, bis hin zu einem um den Jahrestag versuchten Aufstand von Rechts gegen die gewählte Regierung. Europa und vor allem die USA hatten damals durch einen Radiosender den Aufständischen Mut zum Widerstand gegen das kommunistische Regime gemacht, was dann letztendlich zu einer blutigen Katastrophe führte. Denn die USA hatten sich nach dem 2. Weltkrieg in Jalta darauf verpflichtet, Osteuropa und damit auch Ungarn dem Einflussbereich der SU zu überlassen. Und diesen Vertrag wollte man auf keinen Fall brechen. Dieses Gefühl, damals im Stich gelassen worden zu sein, ist nicht vergessen. Es ist ein Misstrauen gegenüber der großpolitischen Wetterlage geblieben. Ungarn ist ja ein kleiner Staat mit etwa



10 Mio. Einwohnern, davon 4 Mio. Arbeitnehmer, davon 800 000 gewerkschaftlich organisiert. Dennoch ist auch hier Geld zu machen.

Monopoly

Viele Betriebe sind noch in staatlicher Hand, darunter die Post, Telekommunikation inklusive. Brüssel drängt auf Privatisierung. Der Widerstand gegen eine vorzeitige Privatisierung wird vor allem von gewerkschaftlicher Seite getragen. Nachteil der Situation im Lande ist die heillose Zersplitterung der Arbeitnehmerorganisationen (2 000 Gewerkschaften!).

Der Widerstand gegen die Überrumpelung durch die Wirtschaftslobby wird derzeit von zehn Mitgliedstaaten der EU getragen: Spanien, Griechenland, Belgien, Frankreich, Zypern, Italien, Ungarn, Malta, Polen, Luxemburg. Hauptsächlich 5 Liberalisierungstreiber stehen gegenüber: Deutschland, Holland, England, Finnland, Schweden. In der Süddeutschen vom 20. 10. 06 war nachzulesen, dass vor allem die großen gewerblichen Kunden auf maßgeschneiderte Angebote angewiesen seien. Nur durch Wettbewerbsdruck wären die Anbieter veranlasst, auf solche Kundenwünsche schnell zu reagieren. Das seien dann die gesunden



Postdienste, die dadurch entstünden. Für wen die gesund sind, ist damit klar geworden.

Aber auch die EU-Bürokratie hat ein Interesse am Fall der Monopole, denn danach steigt ihr Anteil an der anfallenden Mehrwertsteuer.

Wir können in Deutschland froh um dieses letzte Fähnlein der Aufrechten sein, da wir bei der Post von diesem Widerstand profitieren werden. Herr Zumwinkel dürfte kaum zusehen, wenn Konkurrenten aus dem Ausland auf unseren Markt drängen, die DPAG aber die Monopole der anderen zu respektieren hätte. Frau Merkel und Herr Stoiber werden gewiß in Brüssel anrufen und Druck machen. Wenn schon dem Chirac nicht getraut werden kann, dann wenigstens den Truppen der französischen Gewerkschaften, die dann wieder auf der Straße stehen.

auch die Ungarn zu erwarten, und sie wissen es. Wir sollten uns das immer bewusst machen und in Solidarität mit ihnen für soziale Gerechtigkeit in der EU kämpfen.

Werden die Menschen in Ungarn gut bezahlt, dann bleiben auch bei uns die Löhne höher. Darüber hinaus ist nicht einzusehen, dass wir unseren Staat, soweit er uns schützt und nützt (im Arbeitnehmerinteresse) den nationalen und internationalen Kapitalgeiern zum Fraß vorwerfen. Wir werden ihn ohnehin wieder zurückbekommen, wenn er ordentlich ausgelutscht ist und ohne Wert für Banken und Börse.

Geldmittel

Privatisierung, Lohnsenkung, niedrige Steuern für Unternehmen, Privatisierung des Sozialstaats, dieses flächendeckende System moderner Geldschöpfung für Reiche haben

Alle Teilnehmer am Seminar waren sehr angetan von der menschlichen Begegnung, was schließlich in eine Gegeneinladung nach Ungarn im nächsten Jahr mündete.

Fremde Sprachen erfordern Geduld und auf jeden Fall fähige Dolmetscher. Die Kollegin Noemi Reichert leistete hervorragende Arbeit und machte Begegnung und Austausch erst möglich. Wie verzwickelt und lustig Sprache sein kann, dokumentieren die beim Abschlussfest gesammelten Zungenbrecher, die überall in unserer Ausgabe zu finden sind. Ho

Andras Lazars Zungenbrecher:

“Az Ipfai Papnak Fapipa sa van, Tehot ase Ipfai Fapipa Papi Fapipa.”

Hier geht es um eine hölzerne Holzpfeife, die dem Papst geschenkt wird und so zur hölzernen Papstpfeife wird.



Die Konzernvorsorge Rente der Deutschen Post World Net

Beteiligen Sie den Staat an Ihrer Privat-Rente – durch Steuer und Sozialversicherungersparnis. Die Konzernvorsorgerente als betriebliche Altersversorgung der Deutschen Post steht allen Arbeitnehmern, Angestellten und beurlaubten Beamten zur Verfügung.

Ihre Pluspunkte:

- Steuerfreie und sozialversicherungsfreie Beiträge
- Garantiert lebenslange Rente – mit bis zu 30% Kapitalabfindung
- Hohe Renditen bei maximaler Sicherheit
- Hinterbliebenenschutz inklusive
- Empfohlen vom Konzernbetriebsrat und ver.di
- Bereits ab 16,- € brutto möglich

Unverbindliche Beratung von Kollegen für Kollegen – Ihr Ansprechpartner für München:

Knud Hammerschmidt

Tel. 01 60 / 96 33 96 04 • E-Mail: knud.hammerschmidt@pb-pensionsfonds.de

 **Postbank**

VERSICHERN UND VORSORGEN



INA Sommerfest

Wie jedes Jahr feierten wir auch heuer am 08. 07. 06 unser INA-Sommerfest. Zu verdanken haben wir dieses unserer Verdi-Gewerkschaftssekretärin Hedwig Krimmer und Fritz Kerscher, die uns finanziell unterstützen, so dass wir in dem Umfang feiern konnten.



Auch eine schöne Spendensumme haben wir von unserem NLL Herr Neppel bekommen. Wir bedanken uns recht herzlich dafür.

Der Wettergott meinte es mit uns auch gut, so dass wir im INA-Tiefhof feierten. Es kamen 140 Kolleginnen und Kollegen auch unser NLL, Herr Neppi feierte mit uns.

Für ein internationales Büffet sorgten die INA-Kolleginnen. Knuspriges vom Grill haben wir dem Robert zu verdanken. Es war ziemlich heiß, am

Grill zu stehen, um für alle was knuspriges zu brutzeln – und das ziemlich schnell, weil ja bekanntlich alle auf einmal essen wollten. Aber Robert ließ sich nicht von der Arbeit ablenken, unermüdlich grillte er für uns. DANKE ROBERT!!!

Die Tombola war der Hit mit super Preisen wie Fernseher, DVD-Musikanlage und endlos viele weitere schöne Preise. Jeder freute sich über die Gewinne.

Für die Kleinen war auch gesorgt. Daniela und ihre Freundin bastelten und malten mit den Kindern um die Wette.

Eine sehr schöne Attraktion war aber das Feuerwehrauto. Groß und Klein durften mal im Fahrerhaus sitzen.

Und da die WM auf Hochtouren lief und Deutschland ja um den 3. Platz spielte, scheuten wir keine Mühe: es wurde ein Beamer mit riesiger Leinwand aufgestellt, so dass wir den Sieg mitansehen konnten. Deutschland kam auf den 3. Platz.



Weit nach Mitternacht verabschiedeten sich die Letzten von der Feier und am Sonntag wurde dann alles super aufgeräumt.

Die Verdi-Betriebsgruppe INA und ich sagen dank all unseren Kolleginnen und Kollegen, die uns geholfen haben, dass unser INA-Sommerfest so super gelungen ist.

Es grüßt euch Jasna Hässler



Bei der ver.di-Jugend ist was los

**Egal ob Trambahnparty oder Wies'nbesuch,
legt weg euer spannendes Harry-Potter-Buch!
Denn ver.di-Mitgliedschaft lohnt sich!
Großartige Langeweile is' hier nich'.
Hebt hoch die Mass und feiert mit,
mit ver.di sind die Preise der Hit.
Springt rein in die Tram und lasst es krachen,
bei ver.di gibt es viel zu lachen.
Trau dich und steige ein,
mach dich locker und schwing dein Bein.
Unterschreib deinen Beitritt, mache mit,
dann ist dein Arbeitgeber bald wieder fit!**

B. W.



Wohnungsfürsorge

Ein endloses Thema – wir engagieren uns seit Jahren für den Erhalt und die Vergabe von Postwohnungen. In vieler Hinsicht vergeblich, und man muss wissen, dass es politisch gewollt ist, den sozialen Wohnungsbau zu einem Geschäft für die Finanzwelt zu machen. Es geht darum, Geld zu machen. Ist der Prozess zu Ende, dann bekommt der Bürger seine Wohnung zurück, Miete zum doppelten Preis oder als Besitz, der an sich marode ist und mit erheblichem finanziellen Aufwand hergerichtet werden muss. Die Karawane der Zocker und Entsafter ist

weitergezogen auf der Suche nach neuen Objekten. Es dürfte wohl keiner widersprechen, wenn behauptet wird, dass der bundesweite Verkauf von Postwohnungen für 120 Millionen Mark vor ein paar Jahren weit unter Wert geschah, dass sie fürs Doppelte von der Deutschbau oder dahinterstehendem Heuschrecken-Hedgefonds wieder verscheuert wurden und jetzt Zug um Zug in private Hände gekommen sind, die nun retten, was noch zu retten ist. Der Vorgang ist nicht neu und auch kein Einzelfall. „Unternehmen sind keine sozialen Einrichtungen!“, bellte

mich mal jemand im Personalbüro an. Na ja, die trifft's derzeit genau an der Stelle. Auf unserer Website kann jeder nachlesen, wie wir uns im Rahmen einer Petition an den Bundestag bemüht haben, noch was aus dem Feuer zu reißen. Die kaltschnäuzige Antwort aus dem Finanzministerium spricht für sich. Wer heute die Appelle an den Finanzminister und Innenminister hört, wenn's um die Arbeitszeit der Postbeamten geht, der weiß dann schon, wie die Antwort aussehen wird.

Die Wohnungsvergabe ist ein weiteres trauriges Kapitel. Ho

Wer sich für die Abwicklung der postalischen Wohnungsfürsorge der letzten Jahre interessiert, kann sich bei www.verdi-muenchen.de einen Einblick verschaffen. Unsere Petition an den Deutschen Bundestag und der ablehnende Bescheid bezüglich des Erhalts von Postwohnungen in München ist dort zu finden.

Wo-hnen?

Wer kennt sie noch, die DA Wo Ä?

Abkürzung für die Dienstanweisung Wohnungsfürsorge und Dienstwohnungen bei den Ämtern der ehemaligen Deutschen Bundespost.

Alle nach wie vor gültigen maßgeblichen Bestimmungen und Regelungen sind in dieser Dienstanweisung zusammengefasst.

Die GBV zur Wohnungsvergabe und zu Einzelaspekten der Wohnungsfürsorge sowie sämtliche Anweisungen zur Umsetzung der Neuorganisation der Aufgaben im Rahmen der Wohnungsfürsorge der Deutschen Post AG haben diese DA Wo Ä als Arbeitsgrundlage.

Grundsätzliches, zitiert aus Abschnitt 0/Vorbemerkungen der DA Wo Ä:

- die Wohnungsfürsorge für Postbedienstete beruht auf der Fürsorgepflicht der Verwaltung gegenüber ihrem Personal
- Hauptziele der Wohnungsfürsorge sind das Bereitstellen von fami-

liengerechten Wohnungen und Wohnheimplätzen in Wohnheimen zu angemessenen Mieten...

- Ein Anspruch auf eine bestimmte Wohnungsfürsorgemaßnahme besteht nicht. Gleichwohl sind diese Maßnahmen von großer Bedeutung für die begünstigten Postbediensteten. Deshalb ist es geboten, hierbei mit der Personalvertretung stets vertrauensvoll zusammenzuarbeiten...

Der Geist dieser DA Wo Ä lebt nicht mehr! Die vollzogene Trennung in Wohnungswirtschaft und Wohnungsvergabe hat die Wirksamkeit der Wohnungsfürsorge deutlich verschlechtert.

An Neuschaffung bzw. Erhalt von subventioniertem Wohnraum hat

der Arbeitgeber Post kein Interesse. Bedarfsabfragen finden nicht mehr statt. Postwohnheime gibt es nicht mehr. Sie wurden von der Deutschen Post Wohnen GmbH als Gästehäuser gewinnorientiert im betriebswirtschaftlichen Sinne verwaltet und gehören jetzt „Ghotel“, einer Hotelkette.

Wohnungsverkäufe sind an der Tagesordnung. Allein im Jahre 1999 ist die Zahl der vorhandenen Postdarlehenswohnungen um über 3 000 Wohnungen gesunken. Neue Zahlen sind uns nicht bekannt. Eine aktuelle Bestandsübersicht der Belegungsrechte der Unternehmen Post AG, Postbank und Telekom wird nicht einmal mehr dem Gesamtbetriebsrat zu Verfügung gestellt.

Tarifverträge werden gebrochen! Der Erhalt von Sozialleistungen, u. a. die Wohnungsfürsorge, die in den sog. „Kölner Verträgen“ zwischen DPG und Post AG nach der Postreform II tarifvertraglich festgeschrieben waren, fallen der Gewinnmaxime einer Aktiengesellschaft zum Opfer. Welchen Wert sollte man vor diesem Hintergrund den Versprechungen unseres Vorstandsvorsitzenden noch beimessen, der bei den Verhandlungen zum Sozialtarifvertrag der Presse gegenüber äußerte, dass er „...Belegungsrechte weder jetzt noch nach einer gewissen Schamfrist kippen wollte...“ Jedoch, war es ein nicht noch bekannterer Mann, ein Politiker und Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, der bei anderer Angelegenheit einmal sagte „...was juckt mich mein Geschwätz von gestern...“

Macht die betriebliche Wohnungsfürsorge vor Ort vor so einem Hintergrund überhaupt noch Sinn?

Wir sind der Meinung; Es besteht sogar die Notwendigkeit dazu!

Durch die geplanten Neuorganisationen bei der Post werden zukünftig viele Vollzeitarbeitsplätze verloren gehen. Teilzeitarbeit bedeutet aber auch geringeres Einkommen für die im Unternehmen beschäftigten ArbeitnehmerInnen. Dringender als je zuvor wird preisgünstiger und familiengerechter Wohnraum im teuren Ballungsraum München benötigt.

Noch gelten die Verträge und Richtlinien. Noch haben wir einen Bestand an subventionierten Wohnungen, der entsprechend dieser Richtlinien Beschäftigten unseres Unternehmens zur Verfügung gestellt werden soll. Noch gibt es in unserem Unternehmen Menschen, die mit uns für den Erhalt und die Vergabe von Postwohnungen kämpfen. Die mit uns, mit viel Engagement für die Sache, gute politische und betriebliche Arbeit leisten.

Der Wohnungsausschuss München mit seinen Mitgliedern gehört dazu. Dieses Gremium, besetzt von jeweils einem Vertreter der Personalstelle und dem Betriebsrat der NL BRIEF Freising, Starnberg und München,

der NL EXPRESS Aschheim, der NL DP Retail bzw. Postbank Filialbetriebe und dem GB Vertrieb.

Der sich in direkter Nachfolge an den ehemaligen Wohnungsgewerkschaftsausschuss der Direktion München gebildete Wohnungsausschuss München hat dessen Arbeit in bewährter Manier im Sinne der wohnungssuchend Beschäftigten fortgeführt. Der Ausschuss trifft sich wöchentlich zu festen Terminen und erstellt anhand sozialer sowie betrieblicher Kriterien eine Reihungsliste der Bewerber für eine Wohnung. Diese Vergabeentscheidung wird dann der zentralen Wohnungsgewerkschaft in Köln gemeldet, die dann, wenn Bewerber mehrerer Niederlassungen sich um eine bestimmte Wohnung beworben haben, im Einvernehmen mit dem GBR abschließend entscheidet. Dass der Wohnungsausschuss München stets bemüht ist, eine gerechte und den Richtlinien entsprechend korrekte Empfehlung weiterzuleiten, beweist uns die Tatsache, dass die von ihm erstellten Reihungslisten über den gesamten Zeitraum seines Bestehens fast hundertprozentig akzeptiert wurden. Durch die Arbeit des Wohnungsausschusses vor Ort ist gewährleistet, dass die vorherrschenden arbeits- und sozialpolitischen sowie betrieblichen Gegebenheiten besser berücksichtigt werden können.

Diese gute und sinnvolle Arbeit vor Ort fand Anerkennung in einer zentralen Anweisung in Form der Festsetzung einer Sonderregelung für die Organisationseinheiten im Großraum München. Damit haben wir erreicht, dass die Zuständigkeit der sechs beteiligten Organisationseinheiten unverändert erhalten geblieben ist.

Nun ist unsere Niederlassung aus dem bewährten Verfahren ausgestiegen. Der Wohnungsausschuss wird nicht mehr anerkannt und eine Beteiligung des Betriebsrates bei der Erstellung und Vergabe von Wohnungen ist de facto nicht mehr gegeben. Man möchte damit erreichen, Zitat: „...dass bei der Vergabe von Postwoh-

nungen vor allem die Belange des Unternehmens Berücksichtigung finden“. Im Sinne einer für das Unternehmen nötigen Leistungsorientierung sollten nach Meinung unserer Niederlassungsleitung bei der Vergabe von Postwohnungen weniger soziale Gesichtspunkte, sondern vermehrt auch Leistungsgesichtspunkte mit einfließen. Man ist der Meinung, dass bei der Wohnungsvergabe Entscheidungen zustande kommen, die nicht der Interessenslage des Unternehmens entsprechen. Am liebsten hätte man, das die bisherige Organisation der Wohnungsvergabe in Richtung auf eine Regionalisierung verändert werden würde, da der Niederlassung damit auch ein Führungsinstrument zur Verfügung gestellt würde.

Wir wollen, dass Wohnungsvergabe weiterhin unter dem Grundsatz der Personalfürsorge betrieben wird.

Wir wollen, dass die Kriterien für eine Vergabe für den Wohnungssuchenden nachvollziehbar bleiben.

Wir wollen nicht, dass die Wohnungsfürsorge als Führungsinstrument missbraucht wird.

Wir sind der Ansicht, dass die Niederlassung sich mit gleicher Energie dafür einsetzen sollte, andere Instrumentarien an die Hand gestellt zu bekommen, um ihre Leistungsträger entsprechend honorieren zu können; z. B. mehr Beförderungsmöglichkeiten, Leistungszulagen, Zuschüsse zu Wohnungen u. ä.

Seit April dieses Jahres bemühen wir uns in vielen Gesprächen, geführt auf unterschiedlichsten Ebenen und mit sachlicher Argumentation und guten Argumenten darum, einen Konsens mit der Niederlassungsleitung zu finden. Es ist uns nicht gelungen! Wir werden jetzt unsere Mitbestimmung arbeitsgerichtlich einklagen! Wir werden darauf drängen, dass bestehende Verträge und Vereinbarungen eingehalten werden! Wünscht uns viel Glück!

H. Finkenzeller

Hilfe!

Wir brauchen ein Integrationsteam! Hinsehen – Initiative ergreifen – Leitungsfunktion wahrnehmen – Führungsverantwortung – Experten einbeziehen! Die BKK (Betriebs- krankenkassen) haben dieses Konzept für Unternehmen entworfen, wir fragen, was das ist, und wie es umgesetzt werden kann.

„Seit 1996 beinhaltet das Arbeitsschutzgesetz, dass Betriebe eine Gefährdungsbeurteilung nicht nur für körperliche, sondern auch für psychische Belastungen vorzunehmen und die Umsetzung geeigneter Gegenmaßnahmen einzuleiten haben. Leider setzen nur knapp ein Viertel aller Betriebe diese Vorschrift vollständig um – und das, obwohl die psychischen Risiken im Arbeitsumfeld sprunghaft ansteigen.“

„Depressionen und Angsterkrankungen drohen zu Volkskrankheiten am Arbeitsplatz zu werden. Der BKK-Gesundheitsreport 2005 zeigt auf, dass mittlerweile jeder 12. Ausfalltag mit einer psychischen Diagnose verbunden ist.“

„Die Ursachen für diese Erkrankungen sind dabei vielfältig und komplexer Natur. Zu ihrer Entwicklung tragen gesellschaftliche Faktoren, z. B. Angst vor Arbeitsplatzverlust oder Stress und Überbelastung in der Arbeitswelt, ebenso bei wie individuelle Dispositionen.“

Um Arbeitskraft und Arbeitsplatz zu erhalten, sieht der Gesetzgeber das betriebliche Eingliederungsmanagement vor, das seit Mai 2004 als Vorschrift (§ 84 Abs. 2 SGB IX) in Kraft getreten ist. Mit allen Beschäftigten, die länger als sechs Wochen ununterbrochen oder wiederholt arbeitsunfähig sind, klärt der Arbeitgeber unter Einbeziehung des Betriebs- oder Personalrats, der Schwerbehindertenvertretung (oder anderer Interessenvertretungen), wie die Arbeitsunfähigkeit überwunden werden kann. Die Zustimmung des betroffenen Mitarbeiters muss dabei vorliegen.

Das betriebliche Eingliederungsmanagement dient dazu, den Men-

schen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen, also auch psychisch kranken Menschen, im Betrieb die Beschäftigungsfähigkeit und den Arbeitsplatz zu erhalten.

Die Rehabilitationsträger (Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Rentenversicherungsträger sowie die Integrationsämter und die Agenturen für Arbeit) stehen den Unternehmen für kostenlose Beratungs- und Unterstützungsangebote zur Verfügung.

Ein Mitarbeiter des Münchener Integrationsamtes informierte uns auch darüber, dass Zuschüsse bezahlt würden, wenn Arbeitsmittel oder eine Gestaltung des Arbeitsplatzes diesen erhalten könnten. Diese Gelder kämen aus einem Fonds, in den Firmen einzahlen müssten, wenn sie weniger als 6 % Behinderte in ihrem Betrieb beschäftigen würden.

Obiger Text ist nahezu unverändert einem Heft der BKK mit dem Titel: „Psychisch krank im Job“ entnommen. Es ist als Praxishilfe für leitende Angestellte gedacht, die auch schon mal zu einer Fortbildung geschickt werden sollen.

Integration durch Krankengespräche?

Wir würden uns freuen, wenn solche Anregungen und Vorschläge umgesetzt würden. Die Krankengespräche in den Betrieben nach oder während einer Krankheit sind in der Regel als Disziplinierungsmaßnahme gedacht, was den Kassen und Rehabilitationsträgern durchaus bewusst ist. Der Erhalt eines Arbeitsplatzes kann aber nicht durch Verschärfung der Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes erreicht werden, den Schwarzen Peter hat damit nur der Arbeitneh-

mer. Auch der Arbeitgeber ist gefordert, und das per Gesetz.

Aber welcher Arbeitgeber fürchtet noch das Gesetz? Wenn bekanntermaßen unsere Mitarbeiter ihre Lohnfortzahlung nicht erhalten, weil der Arbeitgeber meint, er würde sich diese unrechtmäßig erschleichen, ohne allerdings das beweisen zu können, muss heutzutage der Gang vors Gericht angetreten werden. Dann kommt auch wieder das Geld. Wenn dann auch noch eine psychische Erkrankung im Hintergrund steht, wie eine Depression, dann bleibt einem die Luft weg bei einem solchen Vorgehen.

Schickt diese Leute auf eine der angebotenen Fortbildungen!

Integrationsteam

Gehört der Betroffene zum Personenkreis der schwerbehinderten Menschen, kann ein Integrationsteam (früher die Helferguppe) eine Unterstützung innerhalb des Unternehmens sein. Ein Integrationsteam besteht gemäß §§ 93, 95 und 98 SGB IX – Sozialgesetzbuch aus Delegierten des Betriebs- oder Personalrates und der Schwerbehindertenvertretung sowie einem Beauftragten des Arbeitgebers. Die Aufgabe der betrieblichen Helfer besteht hauptsächlich darin, die betrieblichen Möglichkeiten für Menschen mit Behinderungen auszuschöpfen.

Möglicherweise ist eine Sozialberatung, ein Betriebsarzt oder eine Fachkraft für Arbeitssicherheit im Unternehmen vorhanden und kann in die Hilfsstruktur des Integrationsteams miteingebunden werden. Auch die Mitarbeiter von Krankenkassen können im Umgang mit psychi-

schen Erkrankungen am Arbeitsplatz Unterstützung anbieten oder an weiterführende Hilfsinstitutionen vermitteln.

Gsund samma!

Man sollte das Bemühen unserer Unternehmensleitung um die psychischen Vorgänge bei ihren Mitarbeitern nicht unterschätzen. Beim Ver-

künden von Schocknachrichten ist man sehr gut darüber informiert, wie die Reaktionen der Mitarbeiter ablaufen dürften. Man hat uns das mit einem gewissen Stolz im BR mitgeteilt. Solange sich die Reaktionen wie bei der Einführung von TVZ in den bekannten Grenzen halten, ist alles gut gegangen und auch so erwartet worden.

Was wäre eine unerwartete Reaktion gewesen? Vermutlich eine politische, die alles in den Rahmen eines gesellschaftlichen Umfeldes gestellt hätte, mit dem man nicht mehr einverstanden ist. Man kann dabei nur hoffen, dass das dann nicht unter unheilbare „Krankheit“ eingestuft wird, weil die vorgefertigten Diagnosen nichts damit anfangen könnten. Ho

Übersehen und Überhört

Wenn junge Menschen sich das Leben nehmen

Im Durchschnitt sterben in Deutschland täglich drei Kinder und Jugendliche durch Suizid. Etwa 40 Heranwachsende versuchen sich jeden Tag das Leben zu nehmen. Damit ist der Suizid in dieser Altersgruppe die zweithäufigste Todesursache nach dem Unfalltod. Suizid – auch Selbstmord, Freitod oder Selbsttötung genannt – definiert sich allgemein als absichtliche Vernichtung des eigenen Lebens, begründet durch eine psychische Erkrankung (z. B. Depression, Persönlichkeitsstörung, Psychose etc.) oder aus einem scheinbar freiem Entschluss des Betroffenen heraus. Selbstmord ist die heftigste Autoaggression gegen den eigenen Körper.

Mädchen in der Altersschicht bis 25 Jahre unternehmen dreimal mehr Selbstmordversuche als Jungen – jedoch führen Suizidversuche bei männlichen Heranwachsenden dreimal öfter zum Tod als bei weiblichen. Dies erklärt sich durch die meist „härtere Methodenwahl“ bei jungen Männern (Erhängen, Erschießen, Verbrennen etc.). Weitverbreitet und sehr gefährlich ist das Vorurteil, dass suizidale Menschen, die von Selbstmord sprechen, es nicht tun würden. Acht von zehn Suizidanten sprachen vor ihrer Tat darüber. 85 % derer, die einen Selbstmordversuch überlebt

haben, unternehmen einen zweiten Versuch. Daher ist es wichtig, Menschen in suizidalen Krisen Glauben und Gehör zu schenken und mit ihnen gemeinsam nach geeigneter Hilfe zu suchen.

Die Frage des betroffenen sozialen Umfeldes, insbesondere der Eltern, nach dem „Warum?“ bleibt meist unbeantwortet – nur jeder zehnte jugendliche Selbstmörder hinterlässt einen Abschiedsbrief. Meist liegen die Ursachen für die Suizidalität in der frühen Kindheit des Betroffenen.

Hierzu zählen insbesondere Faktoren wie

- Physische, psychische und/oder sexuelle Gewalt in der Familie
- Vernachlässigung
- Hohe Leistungserwartung an das Kind
- Angstfördernde Erziehung
- Psychische Erkrankungen innerhalb der Familie

Diese und noch viele andere Ursachen sind häufig Gründe für Entwicklungsstörungen und psychische Erkrankungen im Kindes- und Jugendalter. Kinder und Jugendliche wollen sich dann das Leben nehmen, wenn ihre Lebenssituation für sie nicht mehr lebenswert erscheint. So genannte Auslöser für den Freitod sind meist nur der letz-

te Tropfen im Fass, der dieses dann zum Überlaufen bringt. Diese Auslöser sind vielfältig, meist sind diese Verlust eines Elternteils/Scheidung, psychische Krankheiten wie z. B. Suchtkrankheiten des Kindes/Jugendlichen, Schulprobleme, Liebeskummer, fehlende Berufsausbildung, drohende Arbeitslosigkeit usw.

Durch die häufig gestörten Beziehungen bzw. Bindungen innerhalb der Familien sehen viele Kinder und Jugendliche aus ihrem Dilemma keinen Ausweg mehr und sehen den Suizid als letzte Lösung für sich. Die meisten Kinder und Jugendlichen, die sich das Leben nehmen möchten, haben keine tragfähigen Beziehung zu ihren Eltern entwickeln können, da in diesen Familien kaum miteinander gesprochen wird – und wenn, meist nur oberflächlich. Auch der heutige Überfluss an Medien, wie Fernseher und PC-Spiele, lässt es kaum noch zu, dass Eltern und Kinder Gespräche führen und gegenseitig Vertrauen aufbauen.

Doch Kinder in suizidalen Krisen kündigen ihre Tat auch durch veränderte Verhaltensweisen an, wie z. B.

- Schule schwänzen
- Absacken der schulischen Leistungen

- Weglaufen aus dem Elternhaus
- Interessenlosigkeit an Freunden und Hobbies
- Körperliche Veränderungen (Ab- oder Zunahme des Gewichtes)
- Selbstverletzungen

Um Kinder und Jugendliche vor Selbstmord zu schützen, gibt es vielerlei Einrichtungen, wie das Jugendamt, Kinder- und Jugendpsychiatrien, niedergelassene Kin-

der- und Jugendpsychotherapeuten, Beratungsstellen usw. Doch viel wichtiger ist die Prävention innerhalb der Familien und der Betreuungseinrichtungen. Ein Kind, das in respektvoller und authentischer Liebe aufwachsen und gedeihen darf, wird sich kaum das Leben nehmen wollen. Eltern, die ihr Kind so annehmen wie es ist, ihm Schutz, Wärme, Geborgenheit und Ehrlichkeit entgegenbringen,

tragen entscheidend zur Suizidprävention ihres Kindes bei. Jede Lebensgeschichte ist anders, doch alle Selbstmörder hatten eines gemeinsam – sie fanden keine Hilfe und fühlten sich in ihrem kurzen Leben sehr einsam. Ich glaube, wir alle (Eltern, Schule, Gesellschaft, Kirche...) müssen den Sorgen junger Menschen mehr Gehör schenken und sensibler damit umgehen lernen. B. W.

Steckbrief

Urgestein der Postgewerkschaft, heute verdi., Fachbereich 10 Maria Jäger, geb. 26. 05. 1911, seit 1948 gewerkschaftlich tätig

BeZett: Liebe Maria, wie bist du zur Gewerkschaft gekommen?

Maria: Ich stamme aus einer Postlerfamilie, mein Vater war schon ein aktiver Gewerkschaftler. Mit zwölf Jahren half ich ihm schon, rote Nelken zu verkaufen. Als erste Frau nach dem Krieg wurde ich in den Personalrat des Postamtes 23 in der Leopoldstraße gewählt. Auch beim Übergang zum Postamt 40 war ich bis zu meinem Ausscheiden 1976 im Personalrat und gewerkschaftlich tätig. Im Bezirksbetriebsrat war ich auch bis 1976 tätig. Bis heute arbeite ich in der Betriebsgruppe „Senioren“ tatkräftig mit.

BeZett: Was war für dich das schönste gewerkschaftliche Erlebnis?

Maria: Als ich zum 50-jährigen Jubiläum der „Deutschen

Postgewerkschaft“ in Regensburg mit Kurt van Haaren (damals DPG-Vorsitzender) sprechen durfte und fotografiert wurde.

BeZett: Was war dein weniger schönes?

Maria: Mich ärgert es fürchterlich, wenn Leute, die ich zur Gewerkschaft brachte, ohne ersichtliche Gründe aus der Gewerkschaft wieder austreten.

BeZett: Warum bist du der Gewerkschaft so lange treu geblieben?

Maria: Weil ich aus Fleisch und Blut Gewerkschafterin bin.

BeZett: Was für einen Ratschlag gibst du den jungen Gewerkschaftern?

Maria: Bleibt der Gewerkschaft treu. Haltet zusammen, denn es kommen schwere Zeiten auf euch zu.



BeZett: Liebe Maria, herzlichen Dank für deine geleistete Arbeit. Weiterhin Gesundheit. Bleib so, wie du bist, und wir freuen uns auf ein Interview zum hundertsten Geburtstag.

Maria Jäger wurde mit der Medaille „München leuchtet“ und der „Hans Böckler Medaille“ ausgezeichnet.

Das Interview für die BeZett führte Peter Eisenreich

Unsere neue JAV

Die diesjährige Wahl zur Jugend- und Auszubildendenvertretung fand vom 7.11. bis 9.11.06 statt. Nach spannender Wartezeit erfuhren die neuen Jugend- und Auszubildendenvertreter (kurz JAV) von dem Ergebnis, zum ersten Mal sind zwei Auszubildende aus dem Ausbildungsberuf Kauffrau/mann für Kurier-, Express- und Postdienstleistungen (KKEP) in das Gremium gewählt worden.

1. Vorsitzender ist Frank Mayer (bisheriger JAV-Vorsitzender, 23 Jahre), der bereits seit 2000 in der JAV tätig ist (Zusteller im ZSP 18).

2. Vorsitzende ist Ela Pak (19 Jahre), Auszubildende KKEP.

Schriftführerin ist Barbara Werner (24 Jahre), seit 2004 JAV-Mitglied. (Zustellerin im ZSP 40).

Weitere Mitglieder sind Sebastian Lieberarm (Azubi als Fachkraft für Kurier-, Express- und Postdienstleistungen, 16 Jahre) und Manuel Schmid (Azubi KKEP, 19 Jahre). Wir, die bisherigen Jugendvertreter, Frank und

Barbara, sind sehr froh darüber, dass wir nun endlich wieder Verstärkung in der Arbeit als Jugend- und Auszubildendenvertretung bekommen haben. Natürlich möchte ich auch unsere Ersatzvertreter an dieser Stelle erwähnen, die nicht unwesentlich an der Arbeit beteiligt sind. Diese

sind Isabel Jungmann (Azubi FKEP, 16 Jahre), Pia Lichtleitner (Azubi FKEP, 19 Jahre) und Vanessa Köglmeier (Azubi FKEP, 16 Jahre). Für die nächsten zwei Jahre sind wir dafür zuständig, Jugendliche und Auszubildende im Betrieb vor Ausbeutung zu schützen, Arbeitszeiten zu überwachen, Probleme im schulischen und be-



trieblichen Teil der Ausbildung zu lösen und natürlich auch Freizeitangebote (wie z. B. unsere Weihnachtsfeier oder das Berufsanfängerseminar) zu organisieren. Ich darf hiermit allen Jugendvertretern gratulieren und freue mich auf eine gute Zusammenarbeit mit euch!

Barbara Werner

Schwerbehindertenvertreterwahlen im Herbst 2006

Zwischen 1.10. und 20.11.06 standen bundesweit Schwerbehindertenvertreterwahlen an. In Betrieben, die fusioniert, also zusammengelegt wurden, war dies zeitnah mit den Betriebsratswahlen bereits im Mai '06 erfolgt.

Eine starke Schwerbehindertenvertretung ist sehr wichtig, zumal die Arbeitsbedingungen innerhalb und außerhalb der Deutschen Post AG für alle und somit auch für uns Schwerbehinderte immer härter werden.

In meiner Schwerbehindertenversammlung am 17.10.06 habe ich versucht zu verdeutlichen, dass eine starke Wahlbeteiligung unerlässlich ist. Herr Högele stand als Schwerbehindertenbeauftragter von Arbeitgeberseite her Rede und Antwort. Die Diskussion verlief lebhaft unter den ca. 35 Anwesenden.

Gewählt wurde per Briefwahl, und am 2.11.06 wurde ausgezählt.

Die Beteiligung war mit 108 Stimmen gut. Ich bin nun für 4 Jahre gewählt und habe mich über das

entgegengebrachte Vertrauen sehr gefreut! Ich werde mich weiterhin für unsere Belange bestmöglichst einsetzen.

Abschließend ein Zitat von Herrmann Gmeiner, dem Gründer der SOS-Kinderdörfer:

„Wer von uns wünscht, dass eine bessere Welt geschaffen wird, muss mit eigenen Händen mitbauen.“

Allen Lesern eine gute Zeit!

Margit Peindl
Schwerbehindertenvertretung

Postunterdrückung



Anhand des von uns entwickelten Korruptions-Index, kurz

Kots-Index[®],
Copyright by BeZett unlimited

lässt sich sehr schön der Zusammenhang von Korruption und Denunziation darstellen. Wir ziehen damit die Folgerung aus den letzten gesellschaftlichen Entwicklungen.

Der Zusammenhang von **Kots** und **DAX** ist klar, wobei **Kots** auch international anerkannt ist.

Es ist sehr schön zu erkennen, dass ein Ansteigen der Korruption bzw. der damit angerichtete Schaden mit einer stetigen Abnahme der Denunziation zusammenhängt. Je größer also der Gewinn der Übeltäter ist, umso gefährlicher wird es für Menschen, die die Aufdeckung der kriminellen Handlung betreiben. Ihre Gegner werden immer mächtiger und es braucht viel Mut, sie zu bekämpfen.

Je kleiner die Korruption und damit auch der angerichtete Schaden ist, umso näher kommt uns die Denunziation entgegen, denn sie ist mit dem geringsten Aufwand an Mut zu praktizieren, denn sie hat den Vorteil,

dass sie von den Mächtigen gewünscht und gefördert wird.

Gleichzeitig sind, um das Maß voll zu machen, die Strafen für die geringsten Vergehen am größten und für die größten Vergehen am geringsten.

Allerdings werden Strafen für geringe Vergehen manchmal nicht gleich umgesetzt, sondern erst dann, wenn es in den Plan der Mächtigen passt.

Auf jeden Fall wird durch die Denunziation dafür gesorgt, dass sich viele kleine Vergehen oder Lügen auf den Konten aller Mitarbeiter ansammeln, so dass ein Vorgesetzter immer davon abheben kann bzw. zuschlagen kann, je nach Wunsch.

Wenn bei uns also einer Kollegin außerordentlich gekündigt wird, weil sie verdächtigt wird, 2 Zeitschriften im Wert von zusammen vielleicht 2,- € mit nach Hause nehmen zu wollen (Sie hat es ja tatsächlich nicht getan!), dann liegt der eigentliche Grund nicht in ihrer Handlung, sondern weil man sie einfach nur loswerden will.

Für so was halten sich Denunzianten bereit und können immer mit Lob

und Belohnung rechnen, weil sie (in diesem Fall) helfen, das Budget einzuhalten.

Gleichzeitig wird mit diesem System erkennbar, wie Totalitarismus zustande kommt, denn dort regiert die Angst-

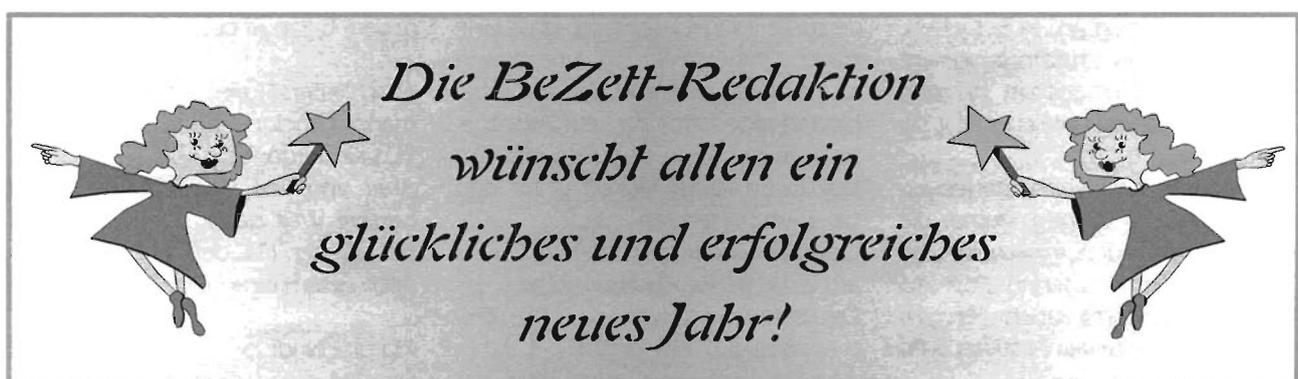
Der Korruptionsindex:

Kots-Index[®],
Copyright by BeZett unlimited

Der Kots-Index wird angegeben als Verhältnis von

- Gewinnen aus Korruption zu Denunziationsverhalten
- Denunziation setzt sich zusammen aus Angst und Gefügigkeit (AG)
- Angst und Gefügigkeit steigt mit der Zahl der Entlassungen. Daher ist das Maß für AG die Anzahl der vorkommenden Entlassungen.
- Das Maß für den Kots-Index heißt GAG = Gewinne aus Korruption im Verhältnis zu Angst und Gefügigkeit.

Da der Kots-Index betriebsübergreifend berechnet wird, ist er eher ein Maß für den Zustand der Arbeitswelt insgesamt, so dass sich jeder seiner gesellschaftlichen Position und Verantwortung zuordnen kann.



Rechts und richtig?

Rechte Einstellungen verarbeiten Ängste aus existentiellen Bedrohungen durch Einigeln und Aggression gegen Stellvertreter. Die eigentlichen Verursacher z. B. gesellschaftlich und wirtschaftlich Mächtige werden nicht erkannt und nicht bekämpft, sondern nur deren Opfer anderer Hautfarbe und anderer Herkunft.

Ich bin einer Einladung von ver.di zum Thema ver.di-Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und Rassismus in Berlin nachgekommen. Ich war neugierig und war voller Erwartung. Das war eine Gelegenheit zu erfahren, was die Kollegen und Kolleginnen in der Bundesrepublik zu diesem Thema mitzuteilen hatten. So eine wichtige Sache wird nämlich im Alltag doch eher verdrängt, und es wird immer wieder bei tragischen Überfällen von Rechts in den Vordergrund gerückt. Somit war ich froh über das Angebot. Es waren auch zahlreiche Kollegen und Kolleginnen erschienen, was mich sehr freute.

Infektionsgefahr

Zur Einleitung wurde eine Studie vorgestellt. Bei dieser Studie handelte es sich um rechtsextreme Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern. Laut der Studie haben 20 % der Gewerkschaftsmitglieder rechte Einstellungen. Es war erleuchtend und erschreckend gleichermaßen. Festzustellen, dass Menschen zu solchen Gedanken innerhalb einer Organisation fähig sind, die für Werte stehen, die universal sind, hat mich erschreckt und doch wiederum wacherüttelt. Wir sind als Menschen nicht vom Himmel gefallen und somit nicht gegen alles gewappnet.

Prävention

Anschließend haben sich Kollegen und Kolleginnen mit ihren Aktivitäten und Aktionen vorgestellt. Sie kamen von überall her; Berlin, Kiel, Leipzig, Hamburg, Köln Mannheim, München etc. Es waren sehr interessante und pfiffige, sehr künstlerische und erfinderische, aber auch tatkräftige

Aktionen im Alltag z. B. vor Schulen darunter. Was besonders mein Interesse weckte, war das Projekt der Kollegen von BRIEF Hamburg, das alljährlich zu Reisen zum Konzentrationslager Buchenwald einlädt und aktiv Ausgrabungen durchführt. Sozusagen die Geschichte freischaufelt...

Es wurde auch konkret nach Meinungen und Erfahrungen gefragt. Ein Kollege aus der Oberpfalz hat sein aktuelles Problem – Rechtsextreme vor Schulen – dargelegt und nach Erfahrungen gefragt, wie man dagegen angehen könnte. Es war die Rede von Montagsdemos, die von Rechten und Rassisten immer mehr vereinnahmt würden. Ich merkte, wie nah die Gefahr der rechten Gedanken ist. Sie ist praktisch greifbar vor unseren Schulen, sie schleicht sich ein in unsere Proteste.

Ich merkte aber auch, wie viele couragierte und mutige Kollegen und Kolleginnen es doch gibt, die sich tagtäglich dem stellen. Wie weit ver.di tatsächlich hinter der Sache steht und für sich verfolgt, wurde für mich noch nicht so ganz klar. Eine Pressemitteilung konnte uns nicht versprochen werden. Bürokratie oder Selbstzweifel an der Sache?

Was aber immer klarer wurde, war, dass die Arbeit gegen Rechts durch die Kollegen und Kolleginnen existiert. Das ist ihr persönliches Engagement.

Humanität verlangt Engagement

Ich empfand mich, was dieses Thema betrifft, bei uns in der Niederlassung immer gut aufgehoben, z. B. durch Aktionen wie Band der Brüder-

lichkeit, Unterstützung für die doppelte Staatsbürgerschaft, Interkultureller Kalender... Wir müssen uns trotzdem die Frage stellen, ob es ausreichend, durch solche Aktivitäten einer so ernsten Gefahr entgegen zu treten. Müssen wir uns womöglich später sagen: „Wir haben **es** nicht gewusst“, „Wir waren **nicht stark** genug“... Wir können uns ein Versagen nicht leisten.

Und was noch klar wurde: Ob Gewerkschaftsmitglied oder Nichtmitglied: Die rechte Einstellung ist in den Menschen, in ihrem passiven Denken und ihren Ängsten beheimatet. Ist es nicht so, dass sich durch Denkfaulheit immer mehr primitives Vergleichs- und Konkurrenzverhalten verbreitet?

Ist es nicht wirklich so, dass uns das Konkurrenzverhalten die Objektivität und Sensibilität für den eigentlichen Missstand verlieren lässt?

Ja, ich finde schon.

Ist es nicht allgemein so, dass Angst der größte Feind des Menschen und der Menschheit ist? Damit meine ich nicht die gesunde Angst, Gefahren zu erkennen, sondern selbstbetrügerische Angst, die uns zu unkontrollierten, ja sogar zerstörerischen Gedanken und Verhaltensweisen verleitet.

Ja, ich denke schon.

Waren es nicht die Menschen, die Missstände differenziert angegangen sind und durch ihren Mut und ihr mutiges Verhalten uns unser jetziges menschenwürdiges Leben ermöglicht haben?

Ich bin davon überzeugt.

es

Interkultureller Kalender

Wie mehrfach in der BeZett berichtet, sind innerhalb unserer Niederlassung Kolleginnen und Kollegen aus über 60 Nationen beschäftigt. Kollege Christoph Tharank hat deshalb für alle (oder wenigstens für die meisten) einen interkulturellen Festtagskalender erstellt. Wir bitten uns nachzusehen, wenn wir nicht an allen Festtagen gratulieren. BeZett-Redaktion

Januar		Februar		März		April		Mai		Juni	
Mo	1	Do	1	Do	1	So	1	Di	1	Fr	1
Di	2	Fr	2	Fr	2	Mo	2	Mi	2	Sa	2
Mi	3	Sa	3	Sa	3	Di	3	Do	3	So	3
Do	4	So	4	So	4	Mi	4	Fr	4	Mo	4
Fr	5	Mo	5	Mo	5	Do	5	Sa	5	Di	5
Sa	6	Di	6	Di	6	Fr	6	So	6	Mi	6
So	7	Mi	7	Mi	7	Sa	7	Mo	7	Do	7
Mo	8	Do	8	Do	8	So	8	Di	8	Fr	8
Di	9	Fr	9	Fr	9	Mo	9	Mi	9	Sa	9
Mi	10	Sa	10	Sa	10	Di	10	Do	10	So	10
Do	11	So	11	So	11	Mi	11	Fr	11	Mo	11
Fr	12	Mo	12	Mo	12	Do	12	Sa	12	Di	12
Sa	13	Di	13	Di	13	Fr	13	So	13	Mi	13
So	14	Mi	14	Mi	14	Sa	14	Mo	14	Do	14
Mo	15	Do	15	Do	15	So	15	Di	15	Fr	15
Di	16	Fr	16	Fr	16	Mo	16	Mi	16	Sa	16
Mi	17	Sa	17	Sa	17	Di	17	Do	17	So	17
Do	18	So	18	So	18	Mi	18	Fr	18	Mo	18
Fr	19	Mo	19	Mo	19	Do	19	Sa	19	Di	19
Sa	20	Di	20	Di	20	Fr	20	So	20	Mi	20
So	21	Mi	21	Mi	21	Sa	21	Mo	21	Do	21
Mo	22	Do	22	Do	22	So	22	Di	22	Fr	22
Di	23	Fr	23	Fr	23	Mo	23	Mi	23	Sa	23
Mi	24	Sa	24	Sa	24	Di	24	Do	24	So	24
Do	25	So	25	So	25	Mi	25	Fr	25	Mo	25
Fr	26	Mo	26	Mo	26	Do	26	Sa	26	Di	26
Sa	27	Di	27	Di	27	Fr	27	So	27	Mi	27
So	28	Mi	28	Mi	28	Sa	28	Mo	28	Do	28
Mo	29			Do	29	So	29	Di	29	Fr	29
Di	30			Fr	30	Mo	30	Mi	30	Sa	30
Mi	31			Sa	31			Do	31		
Christliche Festtage		Islamische Festtage		Jüdische Festtage		Buddhistische Festtage		Hinduistische Festtage			

Juli		August		September		Oktober		November		Dezember	
So	1	Mi	1	Sa	1	Mo	1	Do	1	Sa	1
Mo	2	Do	2	So	2	Di	2	Fr	2	So	2
Di	3	Fr	3	Mo	3	Mi	3	Sa	3	Mo	3
Mi	4	Sa	4	Di	4	Do	4	So	4	Di	4
Do	5	So	5	Mi	5	Fr	5	Mo	5	Mi	5
Fr	6	Mo	6	Do	6	Sa	6	Di	6	Do	6
Sa	7	Di	7	Fr	7	So	7	Mi	7	Fr	7
So	8	Mi	8	Sa	8	Mo	8	Do	8	Sa	8
Mo	9	Do	9	So	9	Di	9	Fr	9	So	9
Di	10	Fr	10	Mo	10	Mi	10	Sa	10	Mo	10
Mi	11	Sa	11	Di	11	Do	11	So	11	Di	11
Do	12	So	12	Mi	12	Fr	12	Mo	12	Mi	12
Fr	13	Mo	13	Do	13	Sa	13	Di	13	Do	13
Sa	14	Di	14	Fr	14	So	14	Mi	14	Fr	14
So	15	Mi	15	Sa	15	Mo	15	Do	15	Sa	15
Mo	16	Do	16	So	16	Di	16	Fr	16	So	16
Di	17	Fr	17	Mo	17	Mi	17	Sa	17	Mo	17
Mi	18	Sa	18	Di	18	Do	18	So	18	Di	18
Do	19	So	19	Do	19	Fr	19	Mo	19	Mi	19
Fr	20	Mo	20	Mi	20	Sa	20	Di	20	Do	20
Sa	21	Di	21	Fr	21	So	21	Mi	21	Fr	21
So	22	Mi	22	Sa	22	Mo	22	Do	22	Sa	22
Mo	23	Do	23	So	23	Di	23	Fr	23	So	23
Di	24	Fr	24	Mo	24	Mi	24	Sa	24	Mo	24
Mi	25	Sa	25	Di	25	Do	25	So	25	Di	25
Do	26	So	26	Mi	26	Fr	26	Mo	26	Mi	26
Fr	27	Mo	27	Do	27	Sa	27	Di	27	Do	27
Sa	28	Di	28	Fr	28	So	28	Mi	28	Fr	28
So	29	Mi	29	Sa	29	Mo	29	Do	29	Sa	29
Mo	30	Do	30	So	30	Di	30	Fr	30	So	30
Di	31	Fr	31			Mi	31			Mo	31
Christliche Festtage		Islamische Festtage		Jüdische Festtage		Buddhistische Festtage		Hinduistische Festtage			